

Wenzel
Handbuch des Fachanwalts Medizinrecht





Wenzel

Handbuch des Fachanwalts Medizinrecht

Herausgegeben von

Dr. Frank Wenzel
Rechtsanwalt, Köln

Luchterhand 2007



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN (10) 3-472-06199-5

ISBN (13) 978-3-472-06199-1

Zitiervorschlag:

Wenzel-FA MedizinR/*Bearbeiter*

www.wolterskluwer.de
www.luchterhand-fachverlag.de

Alle Rechte vorbehalten.

Luchterhand – eine Marke von Wolters Kluwer Deutschland GmbH.

© 2007 by Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagkonzeption: Martina Busch, Grafikdesign, Fürstenfeldbruck

Satz: Stahringer Satz GmbH, Grünberg

Druck: betz-druck, Darmstadt

∞ Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfreiem Papier.

Geleitwort

Themen des Medizinrechts gewinnen ständig an Bedeutung. Demographischer Wandel, technischer Fortschritt, die Wissensexplosion in der Medizin und ihre Ökonomisierung stellen das Gesundheitssystem und alle, die sich in ihm bewegen, vor große Herausforderungen.

In dem Spannungsfeld zwischen wachsenden wissenschaftlichen Möglichkeiten und rückläufigen finanziellen Ressourcen sind die Akteure gefordert, die Versorgungsqualität zu wahren, die Finanzierbarkeit zu sichern und gleichzeitig für Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen. Je komplexer und je vielfältiger die entsprechenden Ergebnisse der Legislative werden, desto anspruchsvoller werden die Anforderungen an die rechtsberatenden Berufe. Die durch das Selbstverwaltungsprinzip bedingte Fülle an Normen, die fortlaufenden rechtlichen und medizinischen Entwicklungsprozess sowie nicht zuletzt die Besonderheiten der Materie, die immer häufiger in die Grenzbereiche zwischen Recht und Ethik vorstößt, müssen sachbezogen bewältigt werden.

Die Themenvielfalt wird deutlich im Prüfungskatalog des Fachanwaltes für Medizinrecht, der vom ärztlichen Berufsrecht bis zum Recht der Krankenversicherung alle einschlägigen Aspekte umfasst. Mit dem Erwerb des »Fachanwaltes« ist es aber bei weitem nicht getan: Das Medizinrecht ist in einem fortlaufenden Entwicklungsprozess. Fast täglich werden neue gesetzliche Regelungen und interpretierende Urteile publiziert. Für das Gebiet der Arzt- und Krankenhaushaftung sind diese gerichtlichen Leitsätze mangels spezieller Kodifizierung sogar zur wesentlichen Entscheidungsgrundlage geworden. Der »Gelegenheits«-Medizinrechtler hat hier keine Chance.

Das vorliegende Handbuch setzt sich mit allen einschlägigen Themen auseinander und liefert dem Medizinrechtler weit mehr als eine für Lehrbücher typische akademische Abhandlung; es bietet vor allem die erforderliche Praxisnähe, die für das Verständnis der Zusammenhänge unerlässlich ist. Der Medizinrechtler wird hier finden, was ihn bei der Beantwortung von Rechtsfragen, der Entwicklung von Lösungsmodellen für gängige und neuartige Fragestellungen sowie bei der Befriedung von Streitigkeiten unterstützt.

Dr. Frank Keuper
Vorstandsvorsitzender der DBV-Winterthur-Versicherung





Vorwort

Das Medizinrecht ist eine Querschnittsmaterie. Es umfasst alle Rechtsnormen im Zusammenhang mit der Zurverfügungstellung von Gesundheitsleistungen, also medizinischen Gütern und Dienstleistungen, und bildet damit eine weitgreifende Klammer um Zivil-, Straf- und Öffentliches Recht.

Entsprechend breit gestreutes Wissen verlangt die Fachanwaltsordnung. Nachzuweisen sind Kenntnisse des Rechts der medizinischen Behandlung (insbesondere die zivilrechtliche und strafrechtliche Haftung nebst verfahrens- und prozessrechtlicher Besonderheiten), des Krankenversicherungsrechts, des Vertrags(zahn)arztrechts, des Vertrags-, Gesellschafts- und Vergütungsrechts der Heilberufe, des Berufsrechts der Ärzte und des Krankenhausrechts. Grundwissen wird erwartet in den Bereichen des Berufsrechts sonstiger Heilberufe, dem Arzneimittel-, Medizinprodukte- und Apothekenrecht und die Pflegeversicherung betreffend.

Das vorliegende Handbuch orientiert seine Darstellungsweise zunächst ausdrücklich an diesen Vorgaben, um – insbesondere dem Fachanwaltsanwärter – den Abgleich der Inhalte mit dem Fächerkanon zu erleichtern. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, dem Anwalt für die Arbeit »am Fall« das wesentliche Rüstzeug zu geben. Dabei geht die Darstellung teilweise weit über dasjenige, was als »Besonderheiten« gelten kann, hinaus. Andererseits ist dies kein Formularbuch, so dass etwa ein Arzthaftungsfall nicht in allen denkbaren Konstellationen in Gänze »durchgespielt« werden kann. Praxisbezug gewinnt das Handbuch zusätzlich durch die Aufbereitung statistischen Materials, etwa aus der Versicherungswirtschaft.

Darüber hinaus ist das Handbuch jedoch nicht nur dem Anwalt eine praktische Hilfe, sondern erlaubt jedem mit dem Medizinrecht befassten Praktiker – etwa Richtern, Schadenssachbearbeitern der Haftpflichtversicherer, Klinikleitern, Ärzten, Apothekern, Arzneimittelherstellern und nicht zuletzt legislativen Gremien – durch die disziplinübergreifende Darstellung ihre ausschnittsweise Betrachtung der Materie einmal zu verlassen, Interdependenzen zu erkennen und sich mit Chancen wie Risiken des gegenwärtigen Medizinrechts und den zukünftigen Herausforderungen, denen dieses Rechtsgebiet stetig ausgesetzt sein wird, auseinanderzusetzen.

Die Komplexität des Medizinrechts liegt vor allem darin, dass die einzelnen Regelungsbereiche untereinander Verzahnungen bilden, die teilweise so stark sind, dass die jeweiligen Ausstrahlungswirkungen eine separate Betrachtung völlig ausschließen. Dies wirkt sich zwangsläufig auf die Darstellungsweise aus. Ausführungen zu Praxisübernahmeverträgen müssen sich mit vertragsärztlichen Vorgaben befassen, Erläuterungen zum Haftungsmaßstab mit sozialversicherungsrechtlichen, Entwürfe zur Vertragsgestaltung bei ärztlichen Kooperationen mit berufsrechtlichen usw. So ergeben sich auch darstellerisch Überschneidungen ohne jedoch Wiederholung zu sein, da die Schwerpunktsetzung dem Blickwinkel folgt. Im jeweiligen Spezialkapitel kann dann die Problematik vertieft werden. Das Handbuch ist deshalb auch praktikables Nachschlagewerk, in dem Thematiken mehrfach – nämlich eingeordnet in den jeweiligen Sachschwerpunkt – aufgefunden werden können.

Am deutschen Gesundheitssystem wird seit Jahren »herumgedoktert«. Eine Gesundheitsreform folgt auf die nächste. Entsprechend gilt für das Medizinrecht noch weit mehr als für andere Rechtsgebiete: eine so umfassende Darstellung wie diese würde lediglich eine logische Sekunde abbilden, würde sie sich auf – im engen Sinne – »geltendes« Recht beschränken. So beruhen die im Gesundheitswesen heute vorzufindenden Strukturen weit überwiegend noch auf einem System, das in großen Teilen – etwa die ehemals strenge sektorale

Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung betreffend – heute überwunden ist. Für das Gesamtverständnis ist es unerlässlich, den Blick sowohl zurück wie nach vorne zu richten. So wird etwa die Reform des Vertragsarztrechts eine Liberalisierung bringen, deren Umsetzung in medizinische Kooperationsmodelle die Beratungsbranche vor neue Herausforderungen stellt. Welches Potential sich tatsächlich bietet, wird allerdings nicht ohne Kenntnis des status quo ante zu bewerten sein. Dasselbe trifft auf viele andere Umgestaltungen zu.

Für die disziplinübergreifenden Inhalte dieses Handbuchs, mit dem der Luchterhand Verlag seine erfolgreiche Fachanwalts-Konzeption erweitert, konnten Spezialisten aus allen Fachbereichen als Bearbeiter gewonnen werden. Ausgewiesene Medizinrechtler aus der Richter- und Anwaltschaft, namhafte Vertreter höchster Selbstverwaltungsgremien, Experten aus der Versicherungswirtschaft und als Wissenschaftler von Rang und gesundheitspolitische Berater bekannte Hochschullehrer, die außerdem mit Gesundheits(rechts)fragen befasste Institute leiten – sie alle stellen kompetent und praxisnah sachgerechte Lösungen für medizinische Fragestellungen in der Anwenderpraxis vor.

Unter dem Eindruck eines gesundheitspolitisch bewegendes Jahres war es Anliegen des Herausgebers und aller Autoren dieses Handbuchs, das geltende Medizinrecht so aufzubereiten, dass im Lichte der fortlaufenden Veränderungen wie sie sich aus demographischem Wandel, medizinischem und medizinisch-technischem Fortschritt zwangsläufig – ob gesetzgeberisch aufgegriffen und flankiert oder nicht – ergeben, für jeden Bereich nachvollzogen werden kann, was ist, was bleibt, was wird und was offen ist. So weit als jeweils möglich ist das Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG), das bei Redaktionsschluss noch nicht verabschiedet war, in der Darstellung berücksichtigt.

Der Gesundheits- und Medizinrechtmarkt braucht und verlangt den eigenen anwaltlichen Spezialisten. Der Medizinrechtler ist ein Grenzgänger zwischen den traditionellen juristischen Fächern. Dieser Herausforderung muss sich der Fachanwalt stellen wollen. Wer sich dafür entscheidet, dem wird dieses Werk wertvolle Hilfe sein. Anregungen und Kritik nehme ich gerne an.

Rechtsanwalt Dr. Frank Wenzel
(Herausgeber und Autor)

Im Februar 2007

Bearbeiterverzeichnis

Herausgeber:

Dr. Frank Wenzel



Rechtsanwalt, geb. 1964. Partner in der Kanzlei Halm & Kollegen in Köln. Spezialist für Arzthaftungs- und Versicherungsrecht; Beirat der BRAK Online-Fortbildung für den Bereich Medizinrecht; Autor in verschiedenen Fachzeitschriften und Handbüchern.

dr.wenzel@halmcollegen.de

Autoren:

Prof. Dr. iur. Erwin Bernat



Professor, geb. 1958. Lehrt an der Universität Graz Zivilrecht, österreichisches und vergleichendes Medizinrecht; Mitglied des EU-Projekts »Chimbrids« – Chimeras and Hybrids in Comparative European and International Research (www.chimbrids.org), des Wissenschaftlichen Beirats des Interdisziplinären Zentrums Medizin – Ethik – Recht der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie des Wiener Beirats für Bio- und Medizinethik.

erwin.bernat@uni-graz.at

Philipp Brennecke, LL.M. oec.



Assessor, geb. 1974. Seit 2006 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Medizinrecht der Universität zu Köln (Prof. Dr. Christian Katzenmeier). Promotionsvorhaben im Medizinrecht.

Dr. iur. Thomas Clemens



Richter am Bundessozialgericht, geb. 1948. Mitglied des Senats für Kassenarztrecht; Lehrbeauftragter der Universität Tübingen für Sozialversicherungsrecht. Mitherausgeber von Kommentaren zum Bundesverfassungsgesetz und zum Grundgesetz. Buchbeiträge und Zeitschriftenaufsätze zum Kassenarztrecht. Vortrags- und Fortbildungsveranstaltungen im Kassenarzt-, -zahnarzt- sowie -psychotherapeutenrecht.

Prof. Dr. med. Wolfgang Eisenmenger



Universitätsprofessor, geb. 1944. Ordinarius und Vorstand des Instituts für Rechtsmedizin an der Universität München. Langjähriger Präsident und Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Rechtsmedizin und der Deutschen Gesellschaft für Medizinrecht.

Prof. Dr. iur. Walter Fellmann



Rechtsanwalt, geb. 1955. Rechtsanwalt in der Schweiz, Kanzlei Fellmann Tschümperlin Lötscher in Luzern, nebenamtlicher ordentlicher Professor an der Universität Luzern, Mitglied der Redaktion der Zeitschrift Haftung und Versicherung HAVE.

Prof. Dr. Gerd Geilen



Rechtsanwalt, geb. 1931. Universitätsprofessor (emeritiert), Inhaber des Lehrstuhls für Strafrecht und Strafprozessrecht, insbesondere Arztstrafrecht an der Ruhr-Universität-Bochum bis 1996.

Dr. Hansjörg Haack LL.M.



Rechtsanwalt, geb. 1958. Seit 1994 Fachanwalt für Steuerrecht, seit 2006 Fachanwalt für Medizinrecht; Mitglied im Fachausschuss Medizinrecht der Rechtsanwaltskammern Celle, Braunschweig und Oldenburg; Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Medizinrecht im DAV.

Dr. Rainer Hess



Rechtsanwalt, geb. 1940. Langjähriger Justiziar der gemeinsamen Rechtsabteilung von Bundesärztekammer und Kassenärztlicher Bundesvereinigung; bis 2003 Hauptgeschäftsführer der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Seit 2004 unparteiischer Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses.

Renate Hess



Diplom-Kaufmann, geb. 1944. Seit 1980 Dezernentin der Bundesärztekammer; Dezernat 4: u. a. Gebührenordnungsfragen, Private Krankenversicherung, Ambulante Versorgung.

renate.hess@baek.de

Boris Hörle



Rechtsanwalt, geb. 1971, Partner der Rechtsanwaltssozietät Halm & Kollegen in Köln (www.halmcollegen.de) mit dem Tätigkeitsschwerpunkt Arbeitsrecht und Versicherungsrecht.

b.hoerle@halmcollegen.de

Prof. Dr. med. Jörg-Dietrich Hoppe



Präsident der Bundesärztekammer, geb. 1940, Studium der Medizin an der Universität zu Köln, 1982–2006 Chefarzt des Instituts für Pathologie des Krankenhauses Düren. Von 1979 bis 1989 Erster Vorsitzender der Interessen des Marburger Bundes, seit 1993 Präsident der Ärztekammer Nordrhein sowie seit 1999 Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages. Lehrte viele Jahre am Institut für Rechtsmedizin der Universität zu Köln zu Fragen der Ärztlichen Rechts-, Berufs- und Standeskunde und nimmt seit 1994 eine Honorarprofessur an der Medizinischen Fakultät wahr.

Dr. iur Marlis Hübner



Assessorin, geb. 1955. Seit vielen Jahren auf medizinrechtlichem Gebiet tätig. Bis 2004 Stellv. Justitiarin der Ärztekammer Schleswig-Holstein; seit 2005 Referentin in der gemeinsamen Rechtsabteilung der Bundesärztekammer/Kassenärztlichen Bundesvereinigung in Berlin

Prof. Dr. iur. Christian Katzenmeier



Universitätsprofessor, geb. 1964. Lehrt Bürgerliches Recht, Medizinrecht und Zivilprozessrecht an der Universität zu Köln. Zugleich Direktor des Instituts für Medizinrecht der Universität zu Köln.

www.medizinrecht.uni-koeln.de

Frank H. Langen



Rechtsanwalt, geb. 1962, Gründer der Kanzlei Rechtsanwälte Langen mit zurzeit sechs Rechtsanwälten. Seit 1993 ist Rechtsanwalt Langen bundesweit strafverteidigend tätig. Neben vielen Weiterbildungsmaßnahmen ist er seit 1998, dem Jahr der Einführung dieser Zusatzqualifikation, Fachanwalt für Strafrecht.

office@rechtsanwaelte-langen.de

Dr. jur. Heinz-Dieter Laum



Vorsitzender der Gutachterkommission für ärztliche Behandlungsfehler bei der Ärztekammer Nordrhein. Präsident des Oberlandesgerichts Köln von 1984 bis 1996. Autor des Kurzkommentars Ärztliche Behandlungsfehler – Statut der Gutachterkommission.

Dr. iur. Hans-Dieter Lippert



Akademischer Direktor, geb. 1946. Wiss. Mitarbeiter in der Abteilung Rechtsmedizin im Universitätsklinikum Ulm. Gründungsherausgeber der Zeitschrift Medizinrecht, Mitautor mehrerer Kommentare u.a. zur Musterberufsordnung, zum Arzneimittelgesetz, zum Transfusionsgesetz, zum Medizinproduktegesetz zahlreiche Aufsätze zum Medizinrecht, zum Urheber- und zum Hochschulrecht.

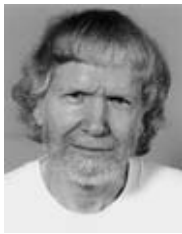
Christian P. Lutterbeck



Assessor, geb. 1967. Bis 1999 Hauptreferent in der Heilwesenschadenabteilung eines großen deutschen Krankenhausversicherungsmaklers; seit 1999 Referent für Medizinschadenfälle bei der GVV-Kommunalversicherung VVaG in Köln.

Lutterbeck@gvv.de

Dr. iur. Thomas Muschallik



Assessor, geb. 1954. Justitiar der KZBV, Kassenärztliche Bundesvereinigung im Köln.

Prof. Dr. Hermann Plagemann



Rechtsanwalt, geb. 1950. Fachanwalt für Medizinrecht und für Sozialrecht in Frankfurt/M. Seit 1996 auch Honorarprofessor an der Universität Mainz.

info@plagemann-rae.de

Prof. Dr. iur. Michael Quaas, M.C.L.



Rechtsanwalt, geb. 1948. Fachanwalt für Medizinrecht und Verwaltungsrecht. Richter am BGH im Senat für Anwaltssachen. Bei Zuck & Quaas seit Gründung 1979; Gründer von Quaas & Partner 2004.

info@quaas-partner.de

Rainer Rosenberger



Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, geb. 1944. Seit 1997 Vorsitzender des für Arzthaftung und Personenversicherungsstreitigkeiten zuständigen 5. Zivilsenats des OLG Köln.

rainer.rosenberger@olg-koeln.nrw.de

Horst Dieter Schirmer



Rechtsanwalt, geb. 1940. Seit 1988 Justitiar und Leiter der gemeinsamen Rechtsabteilung der Bundesärztekammer (BÄK) und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Berlin. Davor 18 Jahre tätig im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, zuletzt als Leiter des Referates Grundsatzfragen der Gesundheitspolitik. Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind die Rechtsberatung der Organe der ärztlichen Spitzenorganisationen in arztrechtlichen, kassenarztrechtlichen und europarechtlichen Fragen. Veröffentlichung von zahlreiche Abhandlungen in diesen Bereichen. Im Ständigen Ausschuss der Europäischen Ärzte ist er Vorsitzender des Beratenden Juristenausschusses.

Prof. Dr. Helge Sodan



Universitätsprofessor, geb. 1959. Inhaber des Lehrstuhls für Staats- und Verwaltungsrecht an der Freien Universität Berlin, Öffentliches Wirtschaftsrecht und Sozialrecht; Präsident des Verfassungsgerichtshofes des Landes Berlin; Direktor des Deutschen Instituts für Gesundheitsrecht (DIGR).

www.helge-sodan.de

Dr. Gernot Steinhilper



Rechtsanwalt, geb. 1943; von 1987 bis 2005 Justitiar der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe. Zahlreiche Veröffentlichungen und Vorträge zum Vertragsarztrecht und ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift Medizinrecht.

steinhilper007@aol.com

Martin Steinmeister



Rechtsanwalt, geb. 1972. Partner der Rechtsanwaltssozietät Halm & Kollegen, Köln, www.halmcollegen.de. Tätigkeitsschwerpunkte: Arbeitsrecht, Versicherungsrecht. Autor in verschiedenen Fachzeitschriften und Handbüchern, insbesondere zu arbeitsrechtlichen Themen.

m.steinmeister@halmcollegen.de

Prof. Dr. Peter Udsching



Vors. Richter am Bundessozialgericht, geb. 1948. Seit 1991 Richter am BSG, seit 2003 Vorsitzender Richter. Honorarprofessor an der Universität Osnabrück und Vorsitzender des Vorstandes des deutschen Sozialrechtsverbandes. Verfasser mehrerer Bücher zum Sozialrecht.

Patrick Weidinger



Rechtsanwalt, Leiter Arzthaftpflicht/Prokurist der DBV-Winterthur-Versicherungen und der Deutschen Ärzteversicherung, Dozent der Deutschen Anwaltakademie, 2004 für seine Veröffentlichungen zu Arzt-/Krankenhaushaftpflicht und Riskmanagement mit dem Deutschen Arzt-Recht-Preis ausgezeichnet.

Patrick.Weidinger@DBV-Winterthur.de

Prof. Dr. Rüdiger Zuck



Rechtsanwalt, geb. 1932, Mitglied der Anwaltskanzlei Zuck, Stuttgart. Tätigkeitsschwerpunkte sind das Medizinrecht und das Recht der Verfassungsbeschwerde.

info@kanzlei-zuck.de

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Geleitwort	V
Vorwort	VII
Bearbeiterverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XLIII
Literaturverzeichnis	XLVII
Kapitel 1 Verfassungs- und europarechtliche Grundlagen des Medizinrechts . .	1
(Prof. Dr. Helge Sodan)	
A. Zum Begriff des Medizinrechts	1
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Medizinrechts	3
I. Gesetzgebungskompetenzen	3
1. Art. 74 Abs. 1 Nr. 12 GG	3
2. Art. 74 Abs. 1 Nr. 11 GG	4
3. Art. 74 Abs. 1 Nr. 19 GG	5
4. Weitere Zuständigkeitsregelungen	6
5. Erforderlichkeit bundesgesetzlicher Regelung	6
II. Grundrechtsgewährleistungen	7
1. Subjektiv-rechtliche Dimensionen der Grundrechte	7
2. Grundrechtliche Schutzpflichten als objektiv-rechtliche Dimensionen der Grundrechte	26
C. Europarechtliche Grundlagen des Medizinrechts	29
I. Grundfreiheiten	29
II. Europäisches Wettbewerbsrecht	31
Kapitel 2 Das Recht der privaten und gesetzlichen Krankenversicherung incl. Vertragsarztrecht	37
(Dr. Rainer Hess)	
A. Die Krankenversicherung als notwendige Risikoabsicherung	39
I. Historischer Abriss	40
II. Systematische Abgrenzung von GKV und PKV	47
1. Solidarität und Risikoäquivalenz	47
2. Versicherungspflicht und freiwillige Versicherung in der GKV	48
3. Vollversicherung oder Zusatzversicherung in der PKV	49
4. Umlagefinanzierung und risikoäquivalenter Beitrag	49
5. Gesetzlicher Leistungskatalog und Versicherungstarif	50
6. Sachleistung und Kostenerstattung	51
7. Vertragswettbewerb und Tarifwettbewerb	51

B. Die rechtlichen Strukturen der PKV	52
I. Eigenheiten des Versicherungsschutzes	52
II. Standardtarif und Beitragszuschuss	53
III. Versicherungstarifrecht // MB/KK // MB/KT	54
IV. Versicherungsschutz und gesundheitlicher Status	56
V. Leistungsumfang	57
VI. Behandlungsanspruch und Erstattungsanspruch	57
VII. Auswirkungen des AGB auf den Versicherungsvertrag und den Behandlungsvertrag	58
C. Die rechtlichen Strukturen der GKV	59
I. Rechtsgrundlagen	59
II. Organisationsstrukturen der GKV	61
III. Krankenkassen und deren Verbände	62
1. Versichertenstruktur der GKV	65
2. Beitragsbemessungsgrundlage der GKV	66
3. Risikostrukturausgleich (RSA)	66
4. Leistungsrecht der GKV	67
IV. Zuzahlungspflichten der Versicherten	69
V. Struktur der Kassen(zahn)ärztlichen Vereinigungen	70
1. Organisationsstruktur	71
2. Mitgliedschaftsstrukturen der KÄV	72
3. Interessenvertretung	73
4. Sicherstellungsauftrag und Gewährleistungspflicht	73
5. Leistungskatalog der vertragsärztlichen Versorgung	74
6. Vertragsbeziehungen zwischen Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenkassen	75
VI. Strukturen der Krankenhausbehandlung	84
1. Strukturen der Krankenhausgesellschaften (LKG, DKG)	84
2. zugelassene Krankenhäuser	85
3. Vertragstrukturen	87
4. Vergütungsstrukturen	89
VII. Strukturen der gemeinsamen Selbstverwaltung	90
1. Gesamtstruktur der gemeinsamen Selbstverwaltung auf Bundesebene	91
2. Bedeutung und Funktion des G-BA	94
3. Zusammenarbeit mit dem IQWiG	100
4. Dreiseitige Verträge	103
VIII. Vertragsärztliche Versorgung	104
1. Zulassungsrecht	106
2. Zulassung als Vertragsarzt	109
3. Medizinisches Versorgungszentrum	116
4. Hausärztliche und fachärztliche Versorgung	119
5. Belegärztliche Tätigkeit	121
6. Vertragspsychotherapeuten	122
7. Ermächtigung zur Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung	125
8. Kooperationsformen	129
9. Rechte und Pflichten	132
10. Qualitätssicherung	136
11. Systemstörung/Kostenerstattung	138
12. Bedarfsplanung	139

IX.	Vertragsärztlich veranlasste Leistungen	144
1.	Anordnungen, Überweisungen, Verordnungen	144
2.	Arzneimittelversorgung	146
3.	Heil-/Hilfsmittelversorgung	153
4.	Rehabilitation	155
5.	Sonstige Sachleistungen	155
X.	Krankenhausbehandlung	156
1.	Teilnahme an der ambulanten Notfallversorgung	157
2.	Ambulante Behandlung durch Krankenhäuser bei Unterversorgung	158
3.	Ambulante Behandlung im Krankenhaus	158
4.	Hochschulambulanz	159
5.	Psychiatrische Institutsambulanzen	159
6.	Vergütung ambulanter Krankenhausleistungen	159
7.	Krankenhauszulassung und Bedarfsplanung	160
8.	Qualitätssicherung	160
XI.	Wahlmöglichkeiten der Versicherten	161
1.	Kostenerstattung statt Sachleistung	161
2.	Selbstbehalt/Beitragsrückgewähr	162
3.	Modellvorhaben	162
4.	Strukturverträge	163
5.	Hausarztzentrierte Versorgung	163
6.	Auftragsgebundene Versorgung	165
7.	Disease-Management-Programme	165
8.	Integrierte Versorgungsformen	167
9.	Schlussbemerkung	169
D.	Medizinische Dienst der Krankenkassen	170
E.	Aufsicht	170
F.	Verfahrensfragen	171
Kapitel 3	Zahnärztliches Berufs- und Vertragsrecht	173
	(Dr. Thomas Muschallik)	
A.	Die Ausprägung eines besonderen Berufs- und Vertragsrechtes für zahnmedizinische Leistungen	173
I.	Besondere Rahmenbedingungen der zahnmedizinischen Behandlung	173
1.	Der Gegenstand der zahnmedizinischen Versorgung	174
2.	Abhängigkeit des Erkrankungseintrittes vom Verhalten des Patienten	174
3.	Ökonomische Auswirkungen einer präventionsorientierten Zahn- heilkunde	175
4.	Weitgehende Befundabhängigkeit zahnmedizinischer Behandlungen	177
5.	Geringe Anzahl veranlasster Leistungen	178
6.	Befundbezogene Behandlungsalternativen	179
II.	Berufs- und privat Zahnärztliches Vertragsrecht	180
III.	Die Entwicklung des Vertragszahnarztrechtes im SGB V	181

B. Einführung in das zahnärztliche Berufsrecht	183
I. Rahmenbedingungen	183
II. Rechtliche Grundlagen	184
1. Gesetz über die Ausübung der Zahnheilkunde, Zahnheilkundengesetz (ZHG)	184
2. Landesrechtliche Regelungen	186
3. Gebührenordnung für Zahnärzte	188
C. Sonderregelungen im Bereich der vertragszahnärztlichen Versorgung	192
I. Besonderheiten im Bedarfsplanungs- und Zulassungsrecht	192
II. Besonderheiten bei der Honorargestaltung im Vertragszahnartzrecht	194
1. Grundsätzliche Sonderstellung kieferorthopädischer Leistungen und der Versorgung mit Zahnersatz und Zahnkronen	195
2. Eigenbeteiligung bei kieferorthopädischen Leistungen gem. § 29 SGB V	199
3. Festzuschussystem bei Zahnersatz gem. den §§ 55 ff. SGB V	199
4. Mehrkostenvereinbarungen bei der Füllungstherapie	205
5. Die Bestimmungen zum degressiven Punktwert in § 85 Abs. 4 b–f SGB V	206
III. Besonderheiten bei Prüfungsverfahren für vertragszahnärztliche Leistungen	211
1. Plausibilitätsprüfung	211
2. Vertragliches Gutachterverfahren	213
D. Zur Erbringung und Abrechnung zahntechnischer Leistungen	216
Kapitel 4 Das Recht der medizinischen Behandlung	221
A. Zivilrechtliche Arzthaftung	229
(Dr. Frank Wenzel)	
I. Einleitung	229
II. Haftungsgrundlagen	230
III. Der medizinische Behandlungsvertrag	231
1. Rechtsnatur des Behandlungsvertrages	232
2. Abschluss und Beendigung des Behandlungsvertrages	233
3. Vertragspartner des Behandlungsvertrages mit niedergelassenem Arzt	237
4. Inhalt und Schutzbereich des Behandlungsvertrages	241
IV. Pflichtengefüge des Behandlungsvertrages	247
1. Selbstbestimmungsaufklärung/Aufklärungsfehler	248
2. Behandlung lege artis – Behandlungsfehler	282
V. Behandlungsakzessorische Nebenpflichten	302
1. Dokumentationspflicht	302
2. Pflicht zu Befundsicherung und -erhebung	304
3. Einsichtsrecht	304
4. Schweigepflicht	307
5. Wirtschaftliche Aufklärung	308
VI. Umfang der Schadensersatzpflicht bei Behandlungs- und Aufklärungsfehlern	310
1. Vermögensschadensersatz	310
2. Schmerzensgeld	316

VII.	Besondere Anspruchstatbestände	321
1.	Allgemeines Persönlichkeitsrecht	321
2.	Auskunftsvertrag	325
3.	Genetischer Beratungsvertrag	326
B.	Materielles Arztstrafrecht	326
	(Prof. Dr. Gerd Geilen)	
I.	Einleitung	326
II.	Strafbarkeit des Heileingriffs	327
1.	Tatbestandlicher Überblick	327
2.	Der Heileingriff als Körperverletzung	328
3.	Rechtfertigungsgründe	336
III.	Besonderheiten bei Fahrlässigkeit	355
1.	Behandlungsfehler als Sorgfaltspflichtverletzung	357
2.	Pflichtwidrigkeitszusammenhang	366
3.	Schutzzweckzusammenhang	369
4.	Fahrlässige Körperverletzung (§ 229 StGB)	370
IV.	Qualifikationen bei der vorsätzlichen Körperverletzung	370
1.	Gefährliche Körperverletzung (§ 224 StGB)	370
2.	Erfolgsqualifikationen (§§ 226, 227 StGB)	371
V.	Spezialprobleme	373
1.	Sterbehilfe	373
2.	Organtransplantation	382
3.	Unterlassene Hilfeleistung (§ 323 c StGB)	391
4.	Kastration	397
5.	Sterilisation	398
6.	§ 278 StGB	401
7.	Urkundenfälschung an Krankenakten (§ 267 StGB)	404
8.	Geheimnisschutz	405
9.	Schwangerschaftsabbruch	414
10.	Strafbarkeit in der modernen Fortpflanzungsmedizin	424
11.	Mediziner und Betäubungsmittelstrafrecht	428
12.	Strafbarkeit bei klinischer Arzneimittelprüfung	431
13.	Strafbare Werbung und gewerbliche Betätigung	434
14.	Abrechnungsbetrug	439
C.	Krankenhaustaftung	444
	(Dr. Frank Wenzel)	
I.	Einleitung	444
II.	Personelle Organisationsstruktur	444
III.	Haftungsgrundlagen	446
1.	Erscheinungsformen der Vertragsverhältnisse	446
2.	Vertragshaftung des Krankenhausträgers	452
3.	Deliktshaftung des Krankenhausträgers	454
4.	Haftungsbeschränkungsklauseln	456
5.	Innenausgleich	457
IV.	Materielles Haftungsrecht	459
1.	Haftung für ärztliche Sorgfaltspflichtverletzungen	459
2.	Organisationshaftung des Krankenhausträgers	476
3.	Verkehrssicherungspflichten	483
4.	Mitverschulden	489

Kapitel 5 Die Haftpflichtversicherung von Arzt- und Krankenhausträger	491
A. Die Berufshaftpflichtversicherung des Arztes	493
(Prof. Dr. Christian Katzenmeier/Philipp Brennecke)	
I. Bedeutung	493
II. Rechtsgrundlagen	493
III. Versicherungspflicht	493
IV. Umfang des Versicherungsschutzes	494
1. Versicherte Personen	495
2. Versichertes Risiko und Risikoausschlüsse	495
3. Schadensarten	497
4. Zivilrechtsschutz	501
5. Strafrechtsschutz	501
V. Zeitliche Reichweite des Versicherungsschutzes	501
1. Anspruchserhebungstheorie	502
2. Kausalereignis- oder Verstoßtheorie	503
3. Schadenereignis- oder Folgeereignistheorie	504
4. Bewertung der unterschiedlichen Fassungen der AHB durch Rechtsprechung und Literatur	508
VI. Pflichten des Versicherungsnehmers	514
VII. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers	515
1. Anzeige des Versicherungsfalls	515
2. Schadensminderung	518
3. Anerkenntnis- und Befriedigungsverbot	519
4. Rechtsfolgen von Obliegenheitsverletzungen	521
VIII. Rechte und Pflichten des Versicherers	522
1. Beratungs- und Aufklärungspflichten	522
2. Schadensregulierung	523
3. Leistungspflichten des Versicherers	528
B. Die Betriebshaftpflichtversicherung des Krankenhausträgers	531
(Christian P. Lutterbeck)	
I. Einleitung	531
II. Wirtschaftliche Bedeutung der Krankenhaushaftpflichtversicherung	533
III. Haftungsverhältnis Arzt und Krankenhaus	536
1. Regress des Krankenhausträgers	537
2. Haftungsbeschränkung im öffentlichen Dienst	538
3. Haftung an Krankenhäusern in kirchlicher Trägerschaft	538
IV. Umfang des Versicherungsschutzes	539
1. Versicherter Personenkreis	539
2. Versichertes Risiko	542
V. Regulierungsverfahren	561
VI. Empfehlungen für das Verhalten im Schadenfall	561
1. Meldung an den Haftpflichtversicherer	562
2. Gespräch mit dem Patienten	562
3. Herausgabe von Krankenunterlagen	563
4. Verhalten im Strafverfahren	564
VII. Ausblick: Risk-Management als Lösungsansatz	564

C. Aus der Praxis eines Haftpflichtversicherers	567
(Patrick Weidinger)	
I. Rechtliche und tatsächliche Aufgaben der Heilwesenhaftpflichtversicherung	567
II. Regulierungsergebnisse	568
1. Berechtigte/unberechtigte Ansprüche	570
2. Gutachter- und Schlichtungsverfahren	571
3. Gerichtlich/außergerichtlich	572
III. Themen der Regulierungspraxis	573
1. Fehlerkommunikation durch den Arzt und Anerkenntnisverbot	573
2. Einsicht des Patienten in die Krankenunterlagen	575
3. Passivlegitimation	575
4. Versicherungsschutz/Versicherungsbedingungen	575
5. Deckungsschutz des Arztes über seine Privathaftpflichtversicherung	575
6. Versichertes Risiko/Risikoänderung/Risikoerhöhung	576
7. Verteilungs-/Kürzungsverfahren	577
8. Kostenübernahme anwaltlicher Verteidigung durch den Berufshaftpflichtversicherer	578
IV. Aktuelle Themen der Risikozeichnung	579
1. Haftungssystem	579
2. Haftungsrisiken	580
V. Qualitätsmanagement der Haftpflichtversicherung	584
1. Schadenprophylaxe (Riskmanagement i. e. S.)	584
2. Riskmanagement in eigenen Angelegenheiten	587
3. Unterstützung der allgemeinen Gesundheitsvorsorge	588
 Kapitel 6 Außergerichtliche Streitbeilegung durch ärztliche Gütestellen	 591
(Dr. Heinz-Dieter Laum)	
A. Gutachterkommissionen und Schlichtungsstellen – Begriffe, Aufgaben, Ziele	592
I. Wachsende Bedeutung von Arzthaftungsstreitigkeiten	592
II. Nachteile von Haftungsklagen und Strafanzeigen	592
III. Außergerichtliche Streitbeilegung	593
IV. Ärztliche Gütestellen	593
V. Geschichte der ärztlichen Gütestellen	593
VI. Einrichtungen der jeweiligen Landesärztekammer	594
VII. Kein Kostenrisiko	594
VIII. Ländervergleich – Ausgestaltung der Gütestellen der verschiedenen Landesärztekammern	594
1. Regelung durch Statute	594
2. Unterschiedliche Aufgaben und Verfahren	595
3. Eckdaten der Verfahren	595
4. Unabhängigkeit der Mitglieder der Gütestellen	595
5. Prinzip der Freiwilligkeit	596
6. Schriftlichkeit des Verfahrens	596
7. Keine verbindliche Entscheidung	596
8. Erfolge der ärztlichen Gütestellen	597
9. Das Ansehen der ärztlichen Gütestellen	597
10. Ärztliche Gütestellen als Sachverständigengremien	597
11. Externe Qualitätssicherung	597

12. Konsensuskonferenzen	598
13. Medizinische Dienste der Krankenversicherungen	598
14. Die Anschriften der ärztlichen Gütestellen in der Bundesrepublik Deutschland	598
B. Vor dem Verfahren: die Beratung von Patient und Arzt	599
I. Gutachterkommission/Schlichtungsstelle aus der Sicht des Patienten- anwalts	599
1. Verhandlungen des Patienten mit Arzt und Haftpflichtversicherer	599
2. Vorteile der ärztlichen Gütestellen	599
3. Substantiierung des Überprüfungsantrags	600
4. Amtsermittlung	600
5. Dokumentationsmängel	600
6. Verfahrensbevollmächtigte	600
7. Beteiligte des Verfahrens	601
8. Bezeichnung des beschuldigten Arztes	601
9. Chefarzt als Beteiligter	601
10. Einheitlicher Behandlungsvorgang	601
11. Vor- und nachbehandelnde Ärzte	602
12. Verjährung	602
13. Hemmung der Verjährung	602
14. Wann tritt die Hemmungswirkung ein?	603
II. Gutachterkommission/Schlichtungsstelle aus der Sicht des Arztanwalts	603
1. Gesprächsbereitschaft des Arztes und Versicherungsschutz	603
2. Einlassung auf das Verfahren	604
3. Keine Gefahr berufsrechtlicher Maßnahmen	604
C. Der Haftpflichtversicherer im Verfahren vor der Gutachterkommission/ Schlichtungsstelle	605
I. Beteiligter in Hannover und München	605
II. Haftpflichtversicherer bei den übrigen Gütestellen	605
III. Interesse der Haftpflichtversicherer an den Gütestellen	605
IV. Entscheidungshilfe für Haftpflichtversicherer	605
V. Gespräche Arzt/Patient: keine Obliegenheitsverletzung	606
D. Verfahrensgang – am Beispiel des Statuts der Ärztekammer Nordrhein	606
I. Aufgabe der Gutachterkommission Nordrhein	606
II. Einleitung des Verfahrens	606
III. Kein Verfahren bei Haftungsklage, Strafanzeige oder außergerichtlichem Vergleich	607
IV. Fünfjahresfrist	607
V. Amtsermittlung	607
VI. Vor- und nachbehandelnde Ärzte	607
VII. Bedeutung der ärztlichen Dokumentation	608
VIII. Gutachtliche Würdigung	608
IX. Behandlungsfehler	608
X. Risikoaufklärung	609
XI. Plenarsitzungen	609
XII. Gutachtlicher Erstbescheid	609
XIII. Zustellung des Erstbescheids	609

XIV.	Antrag auf Entscheidung durch die Gesamtkommission (»Einspruch«) . . .	610
1.	Der Antrag auf Kommissionsentscheidung	610
2.	Monatsfrist	610
3.	Anschlussrechtsmittel	610
4.	Entscheidung durch die Gesamtkommission	610
XV.	Evaluation der Bescheide der Gutachterkommission Nordrhein	610
Kapitel 7	Das arzt haftungsrechtliche Mandat	613
A.	Vorprozessuales Management	616
	(Dr. Frank Wenzel)	
I.	Einleitung	616
II.	Sachverhaltsermittlung	617
1.	Mandantengespräch	617
2.	Behandlungsunterlagen	620
3.	Leitfaden durch die Krankenakte	627
4.	Sonstige Sachverhaltsermittlung	629
III.	Sachverhalt – Erste Bewertung	632
1.	Behandlungsfehlervorwurf	632
IV.	Außergerichtlicher Vergleich	645
1.	Prozessrisiko	646
2.	Interesse des Mandanten	646
3.	Gläubiger- bzw. Schuldnermehrheit	654
4.	Leistungskongruenz	654
5.	Vergleichsabschluss – Anwaltpflichten	657
V.	Prozessvorbereitung	659
1.	Verjährung	659
2.	Passivlegitimation	668
3.	Checkliste zur Einschätzung der Erfolgsaussichten	672
4.	Klageeinreichung	677
5.	Vorbereitung der Klage: Klageanträge und -vortrag	677
VI.	Anhang	686
1.	Mandantenfragebogen/Erstgesprächsvorbereitung	686
2.	Einsichtsaufforderung – Muster	691
3.	Weiterführende Literatur	693
B.	Der Haftungsprozess	695
	(Rainer Rosenberger)	
I.	Einführung	695
II.	Das Waffengleichheitsgebot	695
III.	Substanziierungslast	696
IV.	Sachanträge	698
V.	Gerichtliche Sachverhaltsaufklärung	700
1.	Vervollständigung und Klärung des Streitstoffs	701
2.	Sachdienliche Verfahrensanträge	701
3.	Erörterung des Sach- und Streitverhältnisses	702
VI.	Das Verfahren zur Feststellung der Fehlbehandlung und deren Schadensursächlichkeit	702
1.	Beschaffung der Grundlagen für die Begutachtung einschließlich der Formulierung der Beweisthemen	703

2. Die Auswahl des Sachverständigen	706
3. Würdigung von Sachverständigengutachten	706
VII. Das Beweisrecht	711
1. Allgemeines	711
2. Die Beweisregeln im Einzelnen	712
3. Beweisführung und Beweislast bei der Selbstbestimmungsaufklärung . .	721
4. Beweismaß	723
VIII. Das selbstständige Beweisverfahren	724
IX. Das Prozesskostenhilfeprüfungsverfahren	726
X. Das Berufungsverfahren	727
1. Allgemeines	727
2. Neues Berufungsrecht und Arzthaftung	728
C. Das Arztstrafverfahren	731
(Frank H. Langen)	
I. Das arztstrafrechtliche Mandat	731
1. Der Arzt als Mandant	731
2. Der Patient oder seine Angehörigen als Mandanten	742
3. Honorierung des Rechtsanwaltes	745
II. Der Ablauf des Arztstrafverfahrens	747
1. Ermittlungsverfahren	747
2. Zwischenverfahren	757
3. Hauptverhandlung	759
III. Rechtsfolgen und Sanktionen	761
1. Rechtsfolgen	761
2. Standesrechtliche Folgen	764
3. Kassenarztrechtliche Folgen	767
4. Hochschulrechtliche Folgen	770
Kapitel 8 Pflegeversicherung	773
(Prof. Dr. Peter Udsching)	
A. Überblick	774
I. Ziele und Aufgaben der Pflegeversicherung (PflegeV)	774
II. Normative Grundlagen der Absicherung des Pflegerisikos	775
1. Das SGB XI als Bestandteil des PflegeVG	775
2. Aufbau und Systematik des SGB XI	775
3. Soziale und private Pflegeversicherung im SGB XI	777
4. Finanzierbarkeit von Pflegeleistungen	777
III. Verfassungsrechtliche Aspekte	778
IV. Pflegeleistungen in anderen Sozialleistungsbereichen	778
V. Abgrenzung der Leistungspflicht von GKV und SPV	778
B. Kernbereiche des SGB XI	779
I. Versicherungspflichtiger Personenkreis	779
1. Versicherungspflicht in SPV oder PPV	779
2. Pflegeversicherung folgt Krankenversicherung	779
3. Beitragsfreie Familienversicherung	780
4. Anspruch auf Weiterversicherung und freiwillige Versicherung	780
5. Besonderheiten der PPV	780

II.	Leistungsberechtigter Personenkreis – Versicherungsfall	781
1.	Regelungssystematik	781
2.	Maßgeblichkeit des Hilfebedarfs bei bestimmten Verrichtungen	782
3.	Berücksichtigung verrichtungsbezogener Behandlungspflege	783
4.	Auslegungsschwierigkeiten bei einzelnen Verrichtungen	784
5.	Bemessung des Pflegebedarfs bei prognostizierter Besserung	786
6.	Mindestanforderungen an die Hilfeleistungen	786
7.	Berücksichtigung der tatsächlich bestehenden Pflegesituation	787
8.	Ermittlung des zeitlichen Umfangs des Hilfebedarfs	788
9.	»Rund-um-die-Uhr«-Pflege	789
10.	Pflegebedarf bei Kindern	789
III.	Leistungen der Pflegeversicherung	790
1.	Übersicht	790
2.	Allgemeine Grundsätze des Leistungsrechts	791
3.	Dauer der Leistung	795
4.	Betreuungspflichten der Pflegekasse	795
IV.	Organisation und Finanzierung der Pflegeversicherung	796
V.	Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz	797
1.	Maßgebende Vorschriften für Verwaltungsverfahren in der SPV	797
2.	Besonderheiten in der PPV	798
3.	Rechtsschutz	798
C.	Leistungserbringerrecht der Pflegeversicherung	799
I.	Beziehungen der Pflegekassen zu den Leistungserbringern	799
1.	Das Leistungserbringerrecht im SGB XI	799
2.	Das Verhältnis der Pflegekassen zu den Pflegeeinrichtungen	799
II.	Pflegevergütung	800
1.	Grundsätze des Vergütungsrechts	800
2.	Die Pflegevergütung	801
3.	Finanzierung der Investitionsaufwendungen	802
4.	Kostenerstattung	802
5.	Pflegevergütung und Heimgesetz	803
6.	Die Schiedsstelle in der Pflegeversicherung	804
D.	Private Pflegeversicherung – PPV	809
I.	Regelungszusammenhang	809
II.	Ausgleichsfond der PPV	809
III.	Gesetzliche Vorgaben für das Leistungsrecht der PPV	810
IV.	Besonderheit: Änderungen der Leistungszusage	810
E.	Qualitätssicherung und sonstige Regelungen zum Schutz der Pflegebedürftigen	811
Kapitel 9	Berufsrecht der Heilberufe	813
A.	Ärztliches Berufsrecht	816
	(Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe/Horst Dieter Schirmer)	
I.	Ärzte als Angehörige eines Heilberufs und ihr Berufsrecht	816
1.	Die Definitionskompetenz des Bundesgesetzgebers (Art. 74 Nr. 19 GG)	816

	2. Die geregelten Heilberufe	816
	3. Definition und Funktion von Berufsrecht am Beispiel des ärztlichen Berufsrechts	817
II.	Die Zulassung zum Beruf	819
	1. Grundlagen	819
	2. Ausbildung	819
	3. Zulassungsformen	820
III.	Institutioneller und allgemeiner rechtlicher Rahmen der Berufsausübung . .	820
	1. Der gesetzliche Rahmen: Kammer- und Heilberufsgesetze der Länder . .	820
	2. Folgen der Berufsausübung: Mitgliedschaft in der Kammer und Berufsaufsicht durch die Kammer	821
	3. Das Kammersystem	821
	4. Die Arbeitsgemeinschaft der Ärztekammern auf Bundesebene	823
	5. Rechte und Pflichten aus der Kammermitgliedschaft, Berufsaufsicht und Berufsgerichtsbarkeit	823
	6. Untergesetzliche Rechtssetzung	825
IV.	Einzelfragen der ärztlichen Berufsausübung	825
	1. Berufsordnungen	825
	2. Grundprinzipien	828
	3. Sonderthema 1: Berufliche Kommunikation	832
	4. Sonderthema 2: Berufliche Kooperation	837
V.	Die Spezialisierung der Heilberufe: Das Recht der Weiterbildung (Facharztrecht)	853
	1. Einleitung	853
	2. Entwicklungen des ärztlichen Weiterbildungsrechts – Abgrenzungen: Approbation als Arzt, Anerkennung als Facharzt	854
	3. Rechtsquellen des Weiterbildungsrechts (Facharztrechts)	855
	4. Allgemeine Grundzüge	856
	5. Zu einigen Grundcharakteristiken und zur Systematik des gesetz- lichen und satzungsrechtlichen Weiterbildungsrechts für Ärzte	858
	6. »Schnittstellen« des ärztlichen und psychotherapeutischen Weiterbildungsrechts	862
VI.	Berufsrecht sowie Vorrang- und Komplementärmaterien (»Einstrahlungen«)	863
	1. Verfassungsrecht und Europäisches Gemeinschaftsrecht	863
	2. Vertragsarztrecht (Schnittstellen zwischen Berufsrecht und Sozialrecht im Qualifikationsrecht)	866
	4. Bundesgesetzlich vermitteltes Berufsrecht in Spezialmaterien	870
B.	Grundlagen des Berufsrechts anderer Heilberufe	871
	(Prof. Dr. Rüdiger Zuck)	
I.	Andere Heilberufe – Übersicht	871
II.	Der Begriff des Berufsrechts	872
III.	Der Inhalt des Berufsrechts	872
IV.	Die Rechtsquellen des Berufsrechts	872
	1. Allgemeines	872
	2. Rangordnung	872
V.	Psychologische Psychotherapeuten	873
	1. Allgemeines	873
	2. Rechtsgrundlagen	873
	3. Berufszugang	874

4.	Zulassung zur vertragspsychologischen Versorgung	874
5.	Rechte und Pflichten	875
6.	Vergütung	876
7.	Haftung	877
VI.	Medizinische Versorgungszentren (MVZ)	877
1.	Allgemeines	877
2.	Zulassung des MVZ zur vertragsärztlichen Versorgung	877
3.	Folgen der Zulassung	878
VII.	Tierärzte	878
1.	Vorbemerkung	878
2.	Rechtsgrundlagen	879
3.	Zugang zum Beruf	879
4.	Die Berufsausübung des Tierarztes	881
5.	Vergütung	882
6.	Haftung	883
VIII.	Hebammen	883
1.	Berufsbild	883
2.	Rechtsgrundlagen	884
3.	Berufszugang	884
4.	Zugang zur vertragsärztlichen Versorgung	884
5.	Rechte und Pflichten	885
6.	Vergütung	886
7.	Haftung	887
IX.	Physiotherapeuten/Masseure und medizinische Bademeister	887
1.	Berufsbild	887
2.	Rechtsgrundlagen	888
3.	Berufszugang	888
4.	Vertragsärztliche Versorgung	888
5.	Rechte und Pflichten	889
6.	Vergütung	889
7.	Haftung	890
X.	Heilpraktiker	890
1.	Berufsbild	890
2.	Rechtsgrundlagen	890
3.	Berufszugang	891
4.	Rechte und Pflichten	891
5.	Vergütung	892
6.	Haftung	892
XI.	Berufsrechtliche Gemeinsamkeiten	893
1.	Vorbemerkung	893
2.	Berufszugang	893
3.	Zulassung zur vertragsärztlichen Versorgung	893
4.	Berufspflichten	893
5.	Haftung	894
XII.	Der segmentarische Charakter des Berufsrechts	894

Kapitel 10 Vertrags- und Gesellschaftsrecht der Heilberufe	895
(Dr. Hansjörg Haack)	
A. Vorbemerkung	897
B. Kooperationsformen	897
I. Einführung	897
II. Berufs- und Vertragsärztliche Vorgaben	898
1. Das Merkmal der Freiberuflichkeit	898
2. Das Merkmal der persönlichen Leistungserbringung	899
3. Die Niederlassung in einer (eigenen) Praxis	899
4. Vorgaben bezüglich der Rechtsform	900
C. Berufsausübungsgemeinschaften	901
I. Überblick	901
II. Die Gemeinschaftspraxis	903
1. Gesellschaftsvertrag	903
2. Gesellschaftsvermögen und Vermögensbeteiligung	906
3. Mitgliedschaftsrechte	908
4. Ergebnisverteilung	911
5. Haftung	913
6. Ausscheiden und Beendigung	916
7. Exkurs: Der Gesellschafterwechsel	921
8. Exkurs: Job-Sharing	929
III. Die Ärztepartnerschaft	931
1. Einleitung	931
2. Die wesentlichen Unterschiede zur GbR im Einzelnen	931
D. Medizinische Kooperationsgemeinschaften	935
I. Definition	935
II. Rechtsform	935
III. Die Kooperationspartner	935
IV. Berufliche Voraussetzungen	936
V. Vertragliche Voraussetzungen	936
E. Organisationsgemeinschaften	937
I. Überblick	937
II. Die Praxisgemeinschaft	937
1. Definition	937
2. Gesellschaft- und Haftungsrecht	938
3. Berufs- und Vertragsarztrecht	938
4. Gesellschaftsvertrag	939
III. Die Apparatgemeinschaft	940
IV. Die Laborgemeinschaft	941
F. Praxisnetze/Praxisverbund	941
I. Definition	941
1. Berufsrecht	942
2. Vertragsarztrecht	942
II. Gestaltungsmöglichkeiten	942

G. Das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ)	943
I. Einleitung	943
II. Begriffsbestimmung	944
1. Leistungserbringer	944
2. Fachübergreifend	945
3. Zulassung	947
4. Ärztliche Leitung	948
III. Organisationsformen	948
1. Die natürliche Person als Gründer eines MVZ	949
2. Personenmehrheit als Gründer eines MVZ	949
IV. Der angestellte Arzt im MVZ	950
1. Allgemeines	950
2. Bedarfsplanung und Teilzeitbeschäftigung	950
3. Zulassung nach Ausscheiden aus dem MVZ	951
V. Der Vertragsarzt im MVZ	951
1. Allgemeines	951
2. Das Verhältnis von Zulassung des MVZ zur Zulassung des Vertragsarztes	951
3. Die organisatorische Einbindung des Vertragsarztes	952
VI. Die Abrechnung im MVZ	952
1. Allgemeines	952
2. Vertragsärztliche Vergütung	952
3. Privatärztliche Vergütung	953
H. Sonstiges Vertragsrecht der Heilberufe	954
I. Die Praxisübergabe	954
1. Allgemeines	954
2. Die Nachbesetzung des Vertragsarztsitzes	954
3. Die Vertragsgestaltung	956
II. Die Übertragung einer Praxisbeteiligung	961
III. Verträge mit Mitarbeitern	961
1. Angestellte Ärzte	961
2. Assistenten	962
3. Praxisvertreter	963
IV. Mietvertrag über Praxisräume	964
Kapitel 11 Vergütungsrecht der Heilberufe	965
A. Amtliche Gebührenordnung (GOÄ)	967
(Renate Hess/Dr. Marlies Hübner)	
I. Die Privatabrechnung	967
1. Die Amtliche Gebührenordnung als Taxe für einen Freien Beruf	967
2. Verträge auf GOÄ-Basis	1007
3. GOÄ-Anwendung bei gesetzlich Krankenversicherten	1011
II. Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen (JVEG)	1018

B. Honorierung und Honorarverteilung im Kassenarztrecht	1020
(Dr. Thomas Clemens)	
I. Ursprung und Funktion von Honorarverteilungsregelungen	1020
II. Ausblick auf eventuelle Änderungen durch die geplante Gesundheitsreform	1023
III. Rechtsschutz, Kontrolldichte und Gestaltungsfreiheit:	
Die Rechtsprechung des BSG	1024
1. Rechtsschutz gegen Gesamtvergütung, EBM/Bema und/oder Honorarverteilung	1024
2. Übergang vom Honorarverteilungsmaßstab zum Honorarverteilungsvertrag	1026
3. Die Regelungen des § 85 Abs. 4 Sätze 3 ff. SGB V und der Grundsatz der Honorarverteilungsgerechtigkeit	1028
IV. Rückblick	1062
C. Die Pflicht zur persönlichen Leistungserbringung in der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung	1062
(Dr. Gernot Steinhilper)	
I. Der Vertragsarzt als Freiberufler	1062
II. Rechtsgrundlagen des Grundsatzes der persönlichen Leistungserbringung	1063
1. SGB V	1063
2. Zulassungsverordnung Ärzte (§ 32 Ärzte-ZV)	1063
3. Bundesmantelverträge und Einheitlicher Bewertungsmaßstab 2005	1064
4. Musterberufsordnung-Ärzte (MBO)	1064
5. Behandlungsvertrag nach §§ 611 ff. BGB	1065
6. Ergänzung: Gemeinsame Erklärung zur Behebung von Auslegungsproblemen	1065
III. Die Delegation im Einzelnen	1065
1. Einzelpraxis	1065
2. Ärztliche Gemeinschaftspraxis	1066
3. Praxisgemeinschaft	1067
4. Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ)	1067
5. Apparategemeinschaft	1068
6. Laborgemeinschaft	1068
7. Zweigpraxis, ausgelagerte Praxisstätte und Filialen von Vertragsarztpraxen	1069
8. Ermächtigte Krankenhausärzte	1070
IV. Auswahl-, Einarbeitungs- und Kontrollpflichten des Vertragsarztes bei Delegation von Leistungen an nichtärztliches Personal	1071
V. Anwesenheitspflicht bei Delegation delegationsfähiger Leistungen	1071
VI. Folgen eines Verstoßes gegen die Pflicht zur persönlichen Leistungserbringung	1072
1. Honorarrückforderung	1072
2. Disziplinarverfahren	1073
3. Verfahren zur Entziehung der Zulassung	1073
4. Ermittlungs- und Strafverfahren	1073
5. Berufsgewichtliches Verfahren	1073
6. Approbationsentziehungsverfahren	1074
7. Verfahrensharmonisierung	1074

D. Überprüfung der vertragsärztlichen Honorarabrechnung	1074
I. Abrechnungsprüfung/Sachlich-rechnerische Richtigstellung	1074
(Dr. Gernot Steinhilper)	
1. Ausgangslage	1074
2. Umfang der Prüfpflicht der KV	1075
3. Frist für die sachlich-rechnerische Richtigstellung	1076
4. Vorläufigkeit des Honorarbescheides und Vorbehaltshinweis	1078
5. Honorarbescheide bei fehlerhafter Zulassung oder Genehmigung	1079
6. Verfahrensfragen	1080
II. Plausibilitätsprüfung	1082
(Dr. Gernot Steinhilper)	
1. Sicherstellungsauftrag und Gewährleistungspflicht der KVen	1082
2. Die Abrechnung vertragsärztlicher Leistungen	1083
3. Abrechnungsprüfung durch die KV (§ 106 a Abs.2 SGB V)	1083
4. Abrechnungsprüfung durch die Krankenkassen (§ 106 a Abs.3 SGB V)	1090
5. Haftung	1091
III. Wirtschaftlichkeitsprüfung	1091
(Prof. Dr. Hermann Plagemann)	
1. Wirtschaftlichkeit in der Medizin	1091
2. Methoden der Wirtschaftlichkeitsprüfung	1094
3. Prüfverfahren	1107
4. Rechtsschutz	1111
Kapitel 12 Krankenhausrecht	1113
(Prof. Dr. Michael Quaas)	
A. Einführung und Grundlagen	1115
I. Krankenhausrecht als Teil des Medizinrechts	1115
1. Begriffsbestimmung	1115
2. Elemente des Krankenhausrechts	1115
II. Verfassungsrechtliche Vorgaben	1116
1. Gesetzgebungszuständigkeit	1116
2. Grundrechte der Leistungserbringer	1116
III. Krankenhausbegriff und Einteilung der Krankenhäuser	1118
1. Krankenhausbegriff	1118
2. Einteilung der Krankenhäuser	1120
IV. Der Versorgungsauftrag des Krankenhauses	1121
1. Gesetzliche Grundlagen	1121
2. Inhalt und Umfang des Versorgungsauftrags	1122
B. Grundzüge des Rechts der Krankenhausfinanzierung	1125
I. Das KHG als Grundlage des Krankenhausfinanzierungsrechts	1125
1. Ziele und Zweck des KHG	1125
2. Duales Finanzierungssystem	1126
II. Grundzüge der öffentlichen Investitionsförderung	1126
1. Rechtsanspruch auf Förderung	1126
2. Die Krankenhausförderung nach Landesrecht	1127
III. Grundzüge des Pflegesatzrechts	1129
1. Pflegesatzrecht und Pflegesätze	1129

2. Die Vergütung der Krankenhausleistungen nach dem KHEntgG	1129
3. Stationäre Krankenhausleistungen	1133
4. Allgemeine Krankenhausleistungen und Wahlleistungen	1135
5. Das Pflegesatzverfahren	1139
C. Grundzüge des Krankenhausplanungsrechts	1145
I. Systematik des Krankenhausplanungsrechts	1145
1. Der Krankenhausplan	1145
2. Feststellungsbescheid	1148
3. Zwei-Stufen-Theorie	1150
II. Materielle Planungskriterien des KHG	1151
1. Bedarfsgerechtigkeit	1151
2. Leistungsfähigkeit	1154
3. Wirtschaftlichkeit	1154
III. Rechtsschutzfragen	1155
1. Rechtsweg	1155
2. Klageziel	1155
3. Klagebefugnis Dritter	1156
4. Vorläufiger Rechtsschutz	1157
D. Die Rechtsbeziehungen zwischen den gesetzlichen Krankenkassen und den Krankenhäusern	1158
I. Allgemeines	1158
1. Zulassung zur stationären Versorgung	1158
2. Leistungsvoraussetzung bei der Krankenhausbehandlung	1160
II. Das Recht des Versorgungsvertrages mit Krankenhäusern	1162
1. Abschluss von statusbegründenden Versorgungsverträgen	1162
2. Die Kündigung von Versorgungsverträgen mit Krankenhäusern (§ 110 SGB V)	1163
E. Das Medizinische Versorgungszentrum und die integrierte Versorgung als neue Versorgungsformen für Krankenhäuser	1165
I. Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen	1165
II. Das medizinische Versorgungszentrum (MVZ) als neue Versorgungsform für Krankenhäuser	1167
1. Unternehmensziele des Krankenhauses	1167
2. Einzelaspekte bei Gründung und Betrieb eines medizinischen Versorgungszentrums durch das Krankenhaus	1168
3. MVZ und Bedarfsplanung	1169
III. Die integrierte Versorgung (IV) als neue Versorgungsform für Krankenhäuser	1170
1. Auswahl des Vertragspartners der Krankenkassen/Anwendbarkeit des Wettbewerbs- und Vergaberechts	1170
2. Vergütung von Krankenhausleistungen	1173
3. Die Anschubfinanzierung	1175

Kapitel 13	Arbeitsrecht im Krankenhaus und in der Arztpraxis	1179
	(Boris Hörle/Martin Steinmeister)	
A.	Einleitung	1180
B.	Arbeitsrecht im Krankenhaus	1180
I.	Arbeitsvertragsrecht	1180
1.	Krankenhausorganisation, Allgemeines zum Dienstrecht	1180
2.	Der Arzt als Arbeitnehmer/ Spannungsverhältnis zwischen Weisungsrecht des Arbeitgebers und der grundsätzlichen Weisungsfreiheit des ärztlichen Berufs	1182
3.	Der Chefarzt als Arbeitnehmer	1183
4.	Der Chefarzt als leitender Angestellter	1184
5.	Befristung des Arbeitsverhältnisses, insbesondere Befristung von Chefarztverträgen	1186
6.	Teilzeitarbeit	1189
7.	Bereitschaftsdienst, Rufbereitschaft	1191
8.	Arbeitszeitbestimmungen, Änderung des Arbeitszeitgesetzes, Höchstarbeitszeiten	1193
9.	Arbeitsvertragliche Besonderheiten seit der Schuldrechtsreform, Anwendung der AGB-Regeln auf den Arbeitsvertrag	1196
10.	Der Chefarztvertrag	1203
11.	Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (früher: Antidiskriminierungs-Gesetz)	1213
12.	Exkurs: Verpflichtung des Arztes zur Mitwirkung an einem Schwangerschaftsabbruch	1218
13.	Nichtärztliches Pflegepersonal, Ausbildung	1219
II.	Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis und Haftung des Arbeitnehmers	1223
1.	Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis im Überblick	1223
2.	Arbeitnehmerhaftung	1226
III.	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1230
1.	Allgemeiner Kündigungsschutz: Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes (KSchG)	1230
2.	Sonderkündigungsschutz	1232
3.	Anhörung der Mitarbeitervertretung vor Ausspruch der Kündigung	1235
4.	Kündigungserklärung und Kündigungsfrist	1238
5.	Kündigungsgründe im Sinne des Kündigungsschutzgesetzes, § 1 Abs. 2 KSchG	1240
6.	Außerordentliche bzw. fristlose Kündigung, § 626 BGB	1249
7.	Auflösungsantrag im Kündigungsschutzprozess, § 9 KSchG	1251
8.	Einvernehmliche Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1253
IV.	Kollektivrechtliche Fragen	1255
1.	Betriebliche Mitbestimmung, Rechte der Mitarbeitervertretung	1255
2.	Tarif- und Arbeitskampfrecht	1264
C.	Arbeitsrecht in der Arztpraxis	1269
I.	Allgemeines	1269
II.	Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis und Haftung des Arbeitnehmers	1271
1.	Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis	1271
2.	Arbeitnehmerhaftung	1273

III.	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1274
1.	Allgemeiner Kündigungsschutz: Anwendbarkeit des KSchG	1274
2.	Sonderkündigungsschutz	1275
3.	Anhörung der Mitarbeitervertretung vor Ausspruch der Kündigung	1276
4.	Kündigungserklärung und Kündigungsfrist	1277
5.	Kündigungsgründe im Sinne des KSchG, § 1 Abs.2 KSchG	1278
6.	Außerordentliche bzw. fristlose Kündigung, § 626 BGB	1280
7.	Einvernehmliche Auflösung des Arbeitsverhältnisses	1281
IV.	Betriebliche Mitbestimmung in der Arztpraxis nach dem BetrVG	1281
D.	Musterverträge	1282
I.	Chefarztvertrag, günstig für den Krankenhausträger	1282
II.	Chefarztdienstvertrag mit Nebentätigkeitsabrede, ausgeglichen	1292
III.	Chefarztvertrag, günstig für den Chefarzt	1305
IV.	Arbeitsvertrag für Krankenschwester	1311
V.	Arbeitsvertrag mit einem Assistenten	1314
VI.	Arbeitsvertrag mit einer Arzthelferin	1316
VII.	Aufhebungsvertrag	1319
VIII.	Auszug aus dem ArbZG	1321
Kapitel 14	Grundzüge des Arzneimittelrechts	1327
	(Dr. Hans-Dieter Lippert)	
A.	Einleitung	1329
B.	Gesetzliche Grundlagen	1331
C.	Der Zweck des Gesetzes	1331
D.	Arzneimittelbegriff	1332
E.	Ausnahmen vom Geltungsbereich des AMG	1333
F.	Fiktive Arzneimittel	1333
G.	Antidefinitionen	1334
I.	Lebensmittel	1334
II.	Tabakerzeugnisse	1334
III.	Kosmetische Mittel	1334
IV.	Reinigungsmittel	1334
V.	Futtermittel	1335
VI.	Transplantation	1335
VII.	Transfusion	1335
VIII.	Medizinprodukte	1335
IX.	Arzneimittelvermutung	1335
H.	Anforderungen an Arzneimittel	1336
I.	Herstellung	1336

J. Herstellungserlaubnis	1336
K. Zulassung von Arzneimitteln	1337
I. Das Zulassungserfordernis	1337
1. Fertigarzneimittel	1337
2. Tierarzneimittel	1337
II. Inhalt	1338
III. Zentrales Zulassungsverfahren	1338
1. Grundsatz	1338
2. Ablauf des Verfahrens	1340
3. Tierarzneimittel im zentralen Zulassungsverfahren	1342
4. Geltungsbereich einer zentralen Zulassung	1343
IV. Verfahren der gegenseitigen Anerkennung (mutual recognition procedures) – dezentrales Zulassungsverfahren	1343
1. Antragstellung	1343
2. Beurteilung der eingereichten Unterlagen	1344
3. Beteiligung von Kommissionen	1344
4. Mängelrügen	1345
5. Verfahrensbesonderheiten	1345
6. Rechtsanspruch	1346
7. Auflagen gem. § 28	1346
8. Rechtsschutz	1346
9. Fiktive Zulassung	1347
L. Registrierung von Arzneimitteln	1348
M. Klinische Prüfung und Erprobung von Arzneimitteln	1348
I. Rechtsgrundlagen	1349
II. Ablauf der Klinischen Prüfung	1350
III. Bewertung durch eine Ethikkommission	1350
IV. Antragstellung bei der zuständigen BOB	1351
V. Besonderheiten bei der Durchführung multizentrischer klinischer Prüfungen	1351
VI. Minderjährige als Teilnehmer an klinischen Prüfungen	1352
VII. Nichteinwilligungsfähige als Teilnehmer an klinischen Prüfungen	1352
VIII. Die Stärkung der Rechte von Teilnehmern an klinischen Prüfungen	1353
IX. Verfahrens- und Haftungsfragen	1354
X. Ethik und Monetik	1354
N. Abgabe von Arzneimitteln	1355
I. Apothekenpflicht	1356
II. Inhalt und Umfang der Apothekenpflicht	1357
III. Ausnahmen von der Apothekenpflicht	1357
IV. Versandhandelsverbot	1357
V. Verbot des Direktbezuges	1358
VI. Inhalt und Umfang der Ausnahmen von der Apothekenpflicht	1358
VII. Weitere Ausnahmen von der Apothekenpflicht nach § 45 AMG	1359
VIII. Die Ausweitung der Apothekenpflicht	1359
IX. Die Beschränkung der Ausweitung	1359
X. Der Vertriebsweg	1360
XI. Bezug in Eigenbedarf	1360

XII.	Die Verschreibungspflicht	1361
XIII.	Die Verschreibung (Rezept)	1361
XIV.	Der Freiverkauf	1362
XV.	Die Sachkenntnis	1362
XVI.	Die Abgabe im Reisegewerbe	1362
O.	Großhandel mit Arzneimitteln (§ 52 a)	1362
P.	Qualitätskontrolle, Betriebsverordnungen	1363
I.	Inhalt der Betriebsverordnungen	1363
II.	Geltungsbereich der Betriebsverordnungen	1363
Q.	Beobachtung, Sammlung und Auswertung von Arzneimittelrisiken	1364
I.	Der Stufenplan	1364
II.	Person des Stufenplanbeauftragten	1365
III.	Führung von Unterlagen	1365
IV.	Anzeigepflicht	1365
V.	Regelmäßiger Bericht	1366
R.	Arzneimittelüberwachung	1366
I.	Gegenstand der Überwachung	1367
II.	Zweck der Überwachung	1368
III.	Befugnis der Behörden	1368
1.	Betretungs- und Besichtigungsrecht	1368
2.	Einsichtsrecht	1369
3.	Auskunftspflicht	1369
IV.	Aussageverweigerungsrecht	1370
V.	Erlass von vorläufigen Anordnungen	1370
S.	Einfuhr und Ausfuhr von Arzneimitteln	1371
I.	Die Einfuhrerlaubnis	1371
II.	Das Zertifikatverfahren	1372
III.	Haftungsrechtliche Gesichtspunkte	1373
IV.	Das Verbringungsverbot	1373
V.	Die Apothekeneinfuhr	1373
VI.	Die Ausfuhr von Arzneimitteln	1374
T.	Zuständige Bundesoberbehörden	1374
I.	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte in Bonn	1374
II.	Robert-Koch-Institut in Berlin	1375
III.	Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit in Berlin	1375
IV.	Paul-Ehrlich-Institut, Bundesamt für Sera und Impfstoffe, in Langen	1375
V.	Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information in Köln	1375
VI.	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Köln	1375
U.	Tierarzneimittel	1375
I.	Herstellung	1375
II.	Zulassung	1376
III.	Tierarzneimittel im zentralen Zulassungsverfahren	1376

IV.	Klinische Prüfung	1377
V.	Abgabe von Tierarzneimitteln	1378
V.	Grundzüge des Transfusionsrechts	1378
I.	Einleitung	1378
II.	Gesetzliche Grundlagen	1378
III.	Der Zweck des Gesetzes	1378
IV.	Begriffsbestimmungen	1379
V.	Gewinnung von Blutbestandteilen	1379
VI.	Die Anwendung von Blutprodukten	1380
VII.	Rückverfolgung	1381
VIII.	Meldewesen	1382
	1. Empfänger der Daten	1382
	2. Adressat der Meldepflicht	1382
	3. Inhalt der Meldung	1382
	4. Anonymisierung	1383
IX.	Sachverständige	1383
X.	Mitteilungspflichten	1383
XI.	Transfusions- Straf- und Transfusions- Bußgeldvorschriften	1383
W.	Arzneimittelhaftung	1384
I.	Gefährdungshaftung	1384
	1. Unwirksamkeit und gefahrbelastetes Produkt	1384
	2. Haftung des Herstellers	1384
	3. Ursachenhaftung im Bereich der Entwicklung und der Herstellung	1385
	4. Haftung wegen Arzneimittelinformation, § 84 S. 2 Nr. 2 AMG	1385
	5. Beweislast	1386
II.	Verschuldenshaftung	1386
	1. des pharmazeutischen Unternehmers (Herstellers)	1386
	2. des Arzneimittel verordnenden Arztes	1387
	3. des Apothekers	1388
X.	Arzneimittel- Straf- und Arzneimittel-Bußgeldvorschriften	1388
I.	Das Verhältnis von AMG zum StGB	1388
II.	Die Straftaten nach §§ 95, 96 AMG	1388
III.	Der Adressat der Straftaten nach §§ 95, 96 AMG	1390
IV.	Ordnungswidrigkeiten	1391
	1. Das Verhältnis zum Ordnungswidrigkeitengesetz	1391
	2. Die Ordnungswidrigkeiten nach § 97 AMG	1391
	3. Der Adressat der Ordnungswidrigkeit	1392
Kapitel 15	Grundzüge des Medizinproduktrechts	1395
	(Dr. Hans-Dieter Lippert)	
A.	Einleitung	1396
B.	Gesetzliche Grundlagen	1397
C.	Anforderungen an Medizinprodukte	1398

D. Die Klassifizierung	1399
E. Das Konformitätsbewertungsverfahren	1399
F. Klinische Prüfung	1400
G. Benannte Stellen und Sachverständige	1400
H. Inverkehrbringen, Errichten, Betreiben und Anwenden von Medizinprodukten	1401
I. Inverkehrbringen	1401
II. Errichten	1401
III. Inbetriebnahme	1402
IV. Betreiben	1402
V. Anwenden	1402
I. Medizinproduktebetreiberverordnung	1402
I. Die Bedeutung der Normen	1402
II. Der Anwendungsbereich	1403
1. Personeller und sachlicher Anwendungsbereich	1403
III. Allgemeine Anforderungen	1403
1. Sachliche Anforderungen	1403
2. Persönliche Anforderungen	1404
3. Vollzug	1405
4. Sanktionen	1405
IV. Meldung von Vorkommnissen	1405
1. Zweck der Vorschrift	1405
2. Persönlicher Anwendungsbereich	1405
3. Meldepflichtige Vorkommnisse	1405
4. Auswirkungen der Vorkommnisse	1406
5. Empfänger der Anzeige	1406
6. Eintragung in das Medizinproduktebuch	1406
7. Maßnahmen des Betreibers	1406
8. Vollzug	1406
V. Instandhaltung	1406
1. Persönliche Voraussetzungen	1406
2. Instandhaltung von Medizinprodukten	1406
3. Der mit der Instandhaltung Beauftragte	1408
4. Aufbereitung (Reinigung, Desinfektion, Sterilisation)	1408
5. Eintragung im Medizinproduktebuch	1408
6. Vollzug	1408
7. Sanktionen	1409
VI. Kontrolluntersuchungen und Vergleichsmessungen in medizinischen Laboratorien	1409
1. Bedeutung der Norm	1409
2. Sanktionen	1409
VII. Sondervorschriften für Aktive Medizinprodukte (§§ 5–10 MPBetreibV)	1409
1. Funktionsprüfung vor Inbetriebnahme	1409
2. Vom Betreiber beauftragte Person für Geräteeinweisung	1409
3. Dokumentation der Funktionsprüfung und Einweisung	1410
4. Sicherheitstechnische Kontrollen	1410

5. Medizinproduktebuch und Bestandsverzeichnis	1410
6. Patienteninformation	1410
J. Medizinproduktüberwachung (§§ 25–28 MPG)	1411
I. Die Durchführung der Überwachung	1411
II. Verfahren zum Schutz vor Risiken	1412
K. Beobachtungs- und Meldesystem (§ 29 MPG)	1412
L. Zuständigkeiten	1412
M. Die Haftung für Medizinprodukte	1413
I. Gefährdungshaftung	1413
II. Verschuldenshaftung	1413
1. Konstruktionsfehler	1413
2. Fabrikationsfehler	1413
3. Instruktionsfehler	1414
4. Produktbeobachtungspflicht	1414
III. Ansprüche gegen den Hersteller	1414
1. Produkthaftung, §§ 1 ff. ProdHaftG	1414
2. Produzentenhaftung, § 823 BGB	1415
3. Vertragsverletzung	1416
IV. Ansprüche gegen den Anwender (z.B. Klinik)	1417
1. Vertragshaftung	1417
2. Haftung aus unerlaubter Handlung	1417
V. Ansprüche des Herstellers gegen Benannte Stellen	1418
1. Ansprüche aus Vertrag	1418
2. Anspruch aus unerlaubter Handlung	1418
VI. Ansprüche der Patienten gegen die Benannte Stelle	1418
1. Ansprüche aus allgemeinem Zivilrecht	1418
2. Anspruch aus unerlaubter Handlung	1418
VII. Ansprüche gegen die zuständige Behörde	1419
N. Medizinprodukte-Strafrechts- und Medizinprodukte-Bußgeldvorschriften . .	1419
Kapitel 16 Grundzüge des Apothekenrechts	1421
(Dr. Hans-Dieter Lippert)	
A. Einleitung	1421
B. Gesetzliche Grundlagen	1421
C. Voraussetzungen für den Betrieb einer Apotheke	1422
I. Persönliche Voraussetzungen des Antragstellers	1423
II. Rücknahme und Widerruf der Erlaubnis	1423
III. Schließung einer widerrechtlich betriebenen Apotheke	1424
IV. Rechtsform des Apothekenbetriebes	1424
V. Anforderungen an die Apotheke	1424
VI. Anforderungen an den Apotheker	1424
VII. Unzulässige Absprachen	1425

VIII. Der Tod des Erlaubnisinhabers	1425
IX. Die Arzneimittelversorgung von Heimen	1425
X. Der Versand von Arzneimitteln als Versorgungsform	1426
D. Der Betrieb von Krankenhausapotheken	1426
E. Die Apothekenbetriebsordnung	1427
F. Die Haftung des Apothekers	1427
I. Aufgabenspektrum	1427
II. Behandlungsfehler	1428
1. Vertrag	1428
2. Geschäftsführung ohne Auftrag	1429
3. Unerlaubte Handlung	1429
III. Kausalität	1429
IV. Beweislast	1429
G. Apotheken-Straf- und Apotheken-Bußgeldvorschriften	1430
Kapitel 17 Grundzüge des Heilmittelwerberechts	1431
(Dr.Hans-Dieter Lippert)	
A. Einleitung	1431
B. Gesetzliche Grundlagen	1431
C. Anwendungsbereich des HWG	1432
D. Pflichtangaben der Arzneimittelwerbung	1432
E. Adressaten der Arzneimittelwerbung	1433
F. Weitere Werbebeschränkungen	1433
G. Vergleichende Werbung	1434
H. Unlauterer Wettbewerb mit Arzneimitteln	1435
Kapitel 18 Einführung in das österreichische Medizinrecht	1437
(Prof.Dr.Erwin Bernat)	
A. Einleitung	1438
I. Der Gegenstand des Medizinrechts	1438
II. Rechtsquellen des Medizinrechts	1439
1. Gesetzgebungskompetenz	1439
2. Überblick über die gesetzlichen Grundlagen	1439
III. Die gesetzliche Krankenversicherung	1440
1. Der Kreis der versicherten Personen	1440
2. Ansprüche im Versicherungsfall der Krankheit	1441
3. Die Regelung des Verhältnisses zwischen Versicherten, Ärzten und Krankenversicherungsträgern	1442

B. Das Recht der medizinischen Behandlung	1443
I. Der Vertrag über medizinische Dienstleistungen	1443
II. Folgen ärztlicher Pflichtverletzungen	1445
1. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Arztes	1446
2. Die zivilrechtliche Haftung des Arztes und des Krankenanstalten- trägers	1450
III. Haftungsrechtliche Sonderfragen	1463
1. Die medizinische Behandlung minderjähriger und geistig behinderter (psychisch kranker) Patienten	1463
2. Die Haftungssituation im sog. Belegspital	1465
3. Der Familienplanungsschaden – wrongful birth, wrongful conception und wrongful life	1467
4. Der Regress des Krankenanstaltenträgers gegen den Dienstnehmer . .	1468
5. Das Mitverschulden des Patienten	1469
6. Die Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen – Einreden des Verpflichteten	1469
IV. Schlichtungsstellen und Entschädigungskommissionen	1471
V. Die klinische Prüfung	1472
VI. Der Schutz des ärztlichen Berufsgeheimnisses	1473
C. Besondere ärztliche Eingriffe	1475
I. Sterilisation und Kastration	1475
II. Schwangerschaftsabbruch	1476
III. Fortpflanzungsmedizin	1478
1. Das Fortpflanzungsmedizingesetz	1478
2. Die Eltern-Kind-Zuordnung nach medizinisch unterstützter Fortpflanzung	1480
3. Fortpflanzungsmedizin und das Recht der sozialen Sicherheit	1481
IV. Humangenetik	1482
V. Sterbehilfe	1483
1. Strafrechtliche Normen	1483
2. Das Patientenverfügungs-Gesetz	1485
3. Die Stellvertretung in Gesundheitsangelegenheiten	1486
VI. Obduktion und anatomische Sektion	1487
VII. Organentnahmen zu therapeutischen Zwecken	1488
1. Die Lebendspende	1488
2. Die Organentnahme vom Verstorbenen	1489
VIII. Exkurs: Die Unterbringung psychisch Kranker	1490
 Kapitel 19 Die Haftung des Arztes in der Schweiz	1493
(Prof. Dr. Walter Fellmann)	
A. Rechtliche Grundlagen der ärztlichen Behandlung in der Schweiz	1493
I. Allgemeines	1493
II. Behandlung durch den Privatarzt oder im Privatspital	1494
1. Behandlungsvertrag bei der Behandlung durch den Privatarzt	1494
2. Behandlungsvertrag bei der Behandlung im Privatspital	1495
III. Behandlung im öffentlichen Spital	1496
1. Allgemeines	1496
2. Gespaltenes Rechtsverhältnis	1497

B. Die Haftung des Privat arztes	1498
I. Überblick	1498
II. Schaden oder immaterielle Unbill	1498
1. Schaden	1498
2. Immaterielle Unbill	1499
III. Vertragsverletzung	1500
1. Allgemeines	1500
2. Beweisfragen	1502
IV. Kausalzusammenhang	1503
V. Verschulden	1504
C. Haftung des Privat arztes für Dritte	1505
I. Überblick	1505
II. Haftung des Privat arztes bei Substitution	1507
1. Haftung bei befugter Substitution	1507
2. Haftung bei unbefugter Substitution	1507
III. Haftung des Privat arztes für Hilfspersonen	1507
D. Wegbedingung der Haftung des Privat arztes	1508
E. Verjährung der Haftung des Privat arztes	1509
F. Haftung des Staates für ärztliche Tätigkeit an öffentlichen Spitälern	1509
I. Überblick	1509
II. Voraussetzung der Haftung	1510
G. Haftung für Verletzung der Aufklärungspflicht	1510
I. Überblick	1510
II. Der Beweis der Aufklärung	1511
III. Die Verletzung der Aufklärungspflicht als Haftungstatbestand	1512
IV. Das therapeutische Privileg	1512
V. Der Entlastungsgrund der hypothetischen Einwilligung	1513
VI. Haftung für Aufklärungsschäden	1514
Kapitel 20 Lexikon der wichtigsten medizinischen Begriffe	1515
(Prof. Dr. Wolfgang Eisenmenger)	
Stichwortverzeichnis	1541

Abkürzungsverzeichnis

ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch 1811, JGS 946
ÄrzteG	(österreich.) Ärztegesetz 1998, BGBl. I 1998/169
AHG	Amtshaftungsgesetz, BGBl. 1949/20
AMG	(österreich.) Arzneimittelgesetz, BGBl. 1983/185
AnwBl	Österreichisches Anwaltsblatt
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. 1955/189
ASoK	Arbeits- und SozialrechtsKartei
ATS	(österreich.) Schilling
Beitr Anaesth Intens Notfallmed	Beiträge zur Anaesthesiologie, Intensiv- und Notfallmedizin
Bema	Bewertungsmaßstab
BG	a) Bundesgesetz b) (schweiz.) Bundesgericht
B-KUVG	Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. 1967/200
BlgNR	Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
BMV	Bundesmanteltarifvertrag
BO	Berufsordnung
BSVG	Bauern-Sozialversicherungsgesetz, BGBl. 1978/559
BVO	Beihilfeverordnung
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz 1920, BGBl. 1920/1
DÄBl	Deutsches Ärzteblatt
DEuFamR	Deutsches und Europäisches Familienrecht
DHG	Dienstnehmerhaftpflichtgesetz, BGBl. 1965/80
DRG	Diagnosis Related Groups
EBM	Einheitlicher Bewertungsmaßstab
EF-Z	Zeitschrift für Ehe- und Familienrecht
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EheG	Ehegesetz, RGBl. I 1938, S. 807
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ESchG	Gesetz zum Schutz von Embryonen (Embryonenschutzgesetz – ESchG), BGBl. I 1990, S. 2746
EvBl	Evidenzblatt der Rechtsmittelentscheidungen (= Teil der ÖJZ)
FamZ	Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht
FMedG	BG, mit dem Regelungen über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung getroffen (Fortpflanzungsmedizingesetz – FMedG) sowie das ABGB, das EheG und die JN geändert werden, BGBl. 1992/275
FSVG	Sozialversicherungsgesetz der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen, BGBl. 1978/624
G-BA	Gemeinsamer Bundesausschuss
GG	Grundgesetz
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GMG	Gesundheitsmodernisierungsgesetz
GOÄ	Amtliche Gebührenordnung für Ärzte
GOP	Amtliche Gebührenordnung für Psychologische Psychotherapeuten
GOZ	Amtliche Gebührenordnung für Zahnärzte
GRV	Gesetzliche Rentenversicherung

GSG	Gesundheitsstrukturgesetz
GP	Gesetzgebungsperiode
GSVG	BG über die Sozialversicherung der in der gewerblichen Wirtschaft selbständig Erwerbstätigen, BGBl. 1978/560
GTG	BG, mit dem Arbeiten mit gentechnisch veränderten Organismen, das Freisetzen und Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen und die Anwendung von Genanalyse und Gentherapie beim Menschen geregelt werden (Gentechnikgesetz – GTG), BGBl. 1994/510
GuKG	Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, BGBl. BGBl. I 1997/108
HebG	Hebammengesetz, BGBl. 1994/310
HeimAufG	BG über den Schutz der persönlichen Freiheit während des Aufenthalts in Heimen und anderen Pflege- und Betreuungseinrichtungen (Heimaufenthaltsgesetz – HeimAufG); BGBl. I 2004/11
HVV	Honorarverteilungsvertrag
IDHL	International Digest of Health Legislation
IGEL	Individuelle Gesundheitsleistungen
IQWiG	Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen
IPRG	BG über das Internationale Privatrecht, BGBl. 1978/304
IVF-FondsG	BG, mit dem ein Fonds zur Finanzierung der In-Vitro-Fertilisation eingerichtet wird (IVF-FondsG), BGBl. I 1999/180
JAB	Justizausschussbericht
JAP	Juristische Ausbildung und Praxisvorbereitung
JB1	Juristische Blätter
JGS	»Justizgesetzsammlung«, Gesetze und Verordnungen im Justizfach (1780–1848)
JN	Jurisdiktionsnorm, RGBL. 1895/111
JRE	Jahrbuch für Recht und Ethik
JRP	Journal für Rechtspolitik
KÄV	Kassenärztliche Vereinigung
KAG	Krankenanstaltengesetz
KAKuG	BG über Krankenanstalten- und Kuranstalten, BGBl. 1957/1.
KBV	Kassenärztliche Bundesvereinigung
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KindRÄG 2001	Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz 2001, BGBl. I 2000/135
KK	Krankenkasse
Komm-ESchG	Keller/Günther/Kaiser, Kommentar zum Embryonenschutzgesetz, 1992
KRSIlg	Sammlung von Entscheidungen in Krankenanstaltenfragen
KTG	Kardiotechnikergesetz, BGBl. I 1998/96
KV	Kassenärztliche Vereinigung
LGBl.	Landesgesetzblatt
MBO-Ä	Musterberufsordnung – Ärzte
MPG	BG betreffend Medizinprodukte (Medizinproduktegesetz – MPG), BGBl. 1996/657
MTD-Gesetz	BG über die Regelung der gehobenen medizinisch-technischen Dienste, BGBl. 1992/460
MuBo	(Muster-)Berufsordnung für die deutschen Ärztinnen und Ärzte
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum
NZ	Österreichische Notariats-Zeitung

ÖÄZ	Österreichische Ärztezeitung
ÖAV	Der Österreichische Amtsvormund
ÖBIG	Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
öRdA	(österr.) Recht der Arbeit
österr.	österreichisch, -e, -er, -es
öStGB	(österr.) Strafgesetzbuch, BGBl. 1974/60
PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz
PatVG	Bundesgesetz über Patientenverfügungen (Patientenverfügungs-Gesetz – PatVG), BGBl. I 2006/55
PKV	Private Krankenversicherung
PPV	Private Pflegeversicherung
Praxiskomm	Schwimmann (Hrsg.), ABGB-Praxiskommentar, 3. Aufl. (2005/2006)
RdM	Recht der Medizin
RdW	Österreichisches Recht der Wirtschaft
RSA	Risikostrukturausgleich
RZ	Österreichische Richterzeitung
SÄZ	Schweizerische Ärztezeitung
SanG	Sanitätergesetz, BGBl. BGBl. I 2002/30
SGB	Sozialgesetzbuch
SozR	Entscheidungssammlung des BSG
SozSi	Soziale Sicherheit. Zeitschrift für die österreichische Sozialversicherung
SPV	Soziale Pflegeversicherung
SSV-NF	Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs in Sozialrechtssachen
StGB-Komm	Triffterer (Hrsg.), StGB-Kommentar. System und Praxis (Loseblatt 1999 ff.)
StPG	Strafrechtliche Probleme der Gegenwart
StRÄG	Strafrechtsänderungsgesetz
StVG	(österr.) Strafvollzugsgesetz, BGBl. 1969/144
StVO	Straßenverkehrsordnung, BGBl. 1960/159
StZG	Gesetz zur Sicherstellung des Embryonenschutzes im Zusammenhang mit Einfuhr und Verwendung menschlicher embryonaler Stammzellen (Stammzellgesetz – StZG), BGBl. I 2002, S. 2277
SVSlg	Sozialversicherungsrechtliche Entscheidungen
SWRÄG	Sachwalterrechts-Änderungsgesetz 2006, BGBl. I 2006/92
SZ	Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofes in Zivil- (und Justizverwaltungs-)sachen
TPG	Gesetz über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen (Transplantationsgesetz – TPG), BGBl. I 1997, S. 2631
UbG	BG über die Unterbringung psychisch Kranker in Krankenanstalten (Unterbringungsgesetz – UbG), BGBl. 1990/15
UG	BG über die Organisation der Universitäten und ihre Studien, BGBl. I 2002/120
VÄG	Vertragsarztrechtänderungsgesetz
VersRdSch	Die Versicherungsrundschau
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VfSlg	Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes
VSPBG	BG über Vereine zur Namhaftmachung von Sachwaltern, Patientenanwälten und Bewohnervertretern, BGBl. 1990/156

XLVI ■ Abkürzungsverzeichnis

VStG	Verwaltungsstrafgesetz, BGBl. 1991/52 (Wv)
VV	Vertreterversammlung
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
Wiener Med Wschr	Wiener Medizinische Wochenschrift
Wiener Klin Wschr	Wiener Klinische Wochenschrift
WK	Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Aufl. (Loseblatt 1999ff.)
Wv	Wiederverlautbarung
Zak	Zivilrecht aktuell
ZAS	Zeitschrift für Arbeitsrecht und Sozialrecht
ZBl	Zentralblatt für die juristische Praxis
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Internationales Privatrecht und Europarecht
ZGB	Zivilgesetzbuch
ZVR	Zeitschrift für Verkehrsrecht



Literaturverzeichnis

- Albrecht* GOT Gebührenordnung für Tierärzte vom 28.07.1999, 2004
Andersen/Schwarze Angebotsinduzierte Nachfrage bei zunehmendem Wettbewerb? 1997
- Andreas* Chefarztrelevante Neuerungen durch das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG), *Arztrecht* 2004, 38
- ders.* Der Chefarzt als Gutachter, *ArztR* 1998, 209
ders. Der Chefarzt und seine Mitarbeiter, *ArztR* 2000, 4
ders. Der rechtliche Schutz des Arbeitsverhältnisses, *ArztR* 2002, 118
- Andreas/Dehong/Bruns* Handbuch *Arztrecht in der Praxis*, 2001
Annuß Die rechtsmissbräuchliche Unternehmerentscheidung im Konzern, *NZA* 2003, 783
- Arndt* Heilpraktikerberufsrecht, 1985
- Bach/Moser* Private Krankenversicherung, Kommentar, 3. Aufl. 2002
Bader Das Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt: Neues im Kündigungsschutzgesetz und im Befristungsrecht, *NZA* 2004, 65
- Bahner* Wirtschaftlichkeitsprüfung bei Zahnärzten. Honorarkürzungen vermeiden, Regresse abwehren, 2006
- Barta/Kalchschmid/Kopetzki* Rechtspolitische Aspekte des Transplantationsrechts, 1999
Bauer Christel Schmidt lässt grüßen: Neue Hürden des EuGH für Auftragsvergabe, *NZA* 2004, 14
- Bauer/Arnold* Auf »Junk« folgt »Mangold« – Europarecht verdrängt deutsches Arbeitsrecht, *NJW* 2006, 6
- Bauer/Evers* Schadensersatz und Entschädigung bei Diskriminierung – Ein Fass ohne Boden?, *NZA* 2006, 893
- Bauer/Hümmerich* Nichts Neues zu Aufhebungsvertrag und Sperrzeit oder: Alter Wein in neuen Schläuchen, *NZA* 2003, 1076
- Baumann-Czichon/Germer* Kommentar zum *MVG.EKD*, 2. Aufl. 2003
- Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann* ZPO-Kommentar, 65. Aufl. 2007
- Baumgärtel* Handbuch der Beweislast im Privatrecht I, 2. Aufl. 1991
Bäune/Dahn Auswirkungen der Schuldrechtsreform auf den ärztlichen Bereich, *MedR* 2004, 645
- Baur* Einheitlichkeit der stationären und ambulanten Chefarztbehandlung? *VersR* 2005, 619
- Bayreuther* Der Arbeitskampf des Marburger Bundes, *NZA* 2006, 642
Becker Der Umfang des Rechts der öffentlichen Krankenanstalten zur Obduktion von Leichen, *JR* 1951, 328
- ders.* Berufsgewerkschaftliche und kassenärztliche Verfahren, 1991
Beckmann/Matusche-Beckmann Versicherungsrechts-Handbuch, 2004
- Behnsen* Medizinische Versorgungszentren – die Konzeption des Gesetzgebers, *Das Krankenhaus* 8/2004, 1
- Behnsen/Bell/Best/ Gerlach/Schirmer/Schmid* Managementhandbuch für die psychotherapeutische Praxis (MHP), Loseblatt, Stand 2003

- Bemmann* Die tierärztliche Dokumentationspflicht und das Einsichtsrechts in tierärztliche Behandlungsunterlagen, *VersR* 2005, 760
- Bender* Zeugen Jehovas und Bluttransfusion, *MedR* 1999, 260
- ders.* Anwaltliche Vertretung von Kassenärzten bei Honorarkürzung, *ZAP* Nr. 22, 1089ff.
- Bergmann/ Kienzle* Organisation, Schadensverhütung und Versicherung – Leitfaden für die tägliche Praxis, 2. Aufl. 2003
- Berliner Kommentar zum Versicherungsvertragsgesetz-Kommentar zum deutschen und österreichischen VVG. Hrsg. Heinrich Honsell, 1999
- Berg/Ulsenheimer* Patientensicherheit, Arzthaftung, Praxis- und Krankenhausorganisation, 2006
- Bergmann* Risk-Management im Krankenhaus, *Das Krankenhaus* 1997, 625
- Bergmann/Kienzle* Krankenhaushaftung – Organisation, Schadensverhütung und Versicherung, 2. Aufl. 2003
- Bergmann/Michalcik* Risk-Management als Mittel der Qualitätssicherung im Krankenhaus, *Zeitschrift für ärztliche Fortbildung und Qualitätssicherung (ZaeFQ)* 1999, 93. Jahrgang, 57
- Bernat* Die Reproduktionsmedizin am Prüfstand von Recht und Ethik, 2000
- ders.* Bioethische Entscheidungskonflikte im Spiegel der Judikatur, 50 Fälle mit Anmerkungen und Fragen, 2003
- ders.* Fortpflanzungsmedizin, Wertung und Gesetzgebung, Beiträge zum Entwurf eines Fortpflanzungshilfegesetzes, 1991
- Bernat/Kröll* Recht und Ethik der Arzneimittelforschung, 2003
- Best/Kleinken/Hess/Krimmel* Kommentar zur Gebührenordnung für Psychotherapeuten (GOP), 2002
- Biffar* Orale Gesundheit – Verschiebung im Behandlungsbedarf durch Prävention. In: *IDZ Kostenexplosion durch Prävention? Orale Gesundheitsgewinne im Alter und versorgungspolitische Konsequenzen*, 2002
- Birklbauer* Recht zu sterben oder Pflicht zu leben? Rechtliche, ethische und medizinische Aspekte zur Behandlungspflicht von Suizidpatienten, 2002
- Bleistein/Thiel* Kommentar zur MAVO, 5. Aufl. 2006
- Bodenburg/Matthies* Ärztliche Gutachter- und Schlichtungsstellen – Theorie und Praxis eines Modells, *VersR* 1982, 729
- Böcken*● Zulässigkeit von frühzeitigen Altersgrenzen für leitende Krankenhausärzte, *ArztR* 2000, 60
- ders.* Altersgrenze für Chefärzte, *ArztR* 2001, 69
- Boecken*● Festzuschüsse bei Zahnersatz – insbesondere zu den Fragen ihrer Einbeziehung in die Gesamtvergütung und ihrer Budgetierung, *VSSR* 2005, 1
- Boettinger* Der Versicherungsfall in der allgemeinen Haftpflichtversicherung nach dem deutschen und ausländischen Recht sowie die zeitliche Geltungsdauer des Versicherungsschutzes nach § 1 AHB, Berlin 1953
- Bonvie* Rechtliche Risiken des ambulanten Operierens, *MedR* 1993, 43
- Brandstetter/Kopetzki* Organtransplantationen, medizinische und rechtliche Aspekte der Verwendung menschlicher Organe zu Heilzwecken, 1987
- Braun/Gründel* Approbationsentzug wegen Unwürdigkeit und Anspruch auf Wiedererteilung der Approbation, *MedR* 2001, 396

- Braun/Richter* Vertragsärztliche Gemeinschaftspraxis: zivil-, steuer- und sozialrechtliche Aspekte der Nachfolge von Todes wegen.
- Brecht/Meyer/Aurbach/Micheelis* Prognose der Zahnärztezahle und des Bedarfs an zahnärztlichen Leistungen bis zum Jahr 2020, IDZ 2004
- Breyer/Zweifel* Gesundheitsökonomie, 1997
- Brötzmann* Zulässigkeit einer Heilbehandlungs-GmbH für zahnärztliche Leistungen, WiB 1994, 270
- Bruck/Möller/Johannsen* Kommentar zum VVG und zu den Allgemeinen Versicherungsbedingungen unter Einschluss des Versicherungsvermittlerrechts, Bd. IV (§§ 149-158 a VVG), 1970
- Bruck/Möller/Wagner* Kommentar zum VVG und zu den Allgemeinen Versicherungsbedingungen unter Einschluss des Versicherungsvermittlerrechts, Band 6, 2. Halbband: Krankenversicherung, 8. Aufl. 1990
- Brugger/Kühn* Sektion der menschlichen Leiche, zur Entwicklung des Obduktionswesens aus medizinischer und rechtlicher Sicht, 1979
- Bruns* Ärztestreiks, ArztR 2006, 42
- ders.* Der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L), ArztR 2006, 142
- ders.* Tarifrecht an öffentlichen Krankenhäusern, ArztR 2005, 326
- ders.* Neuregelungen beim Kündigungsschutz, ArztR 2004, 272
- van Bühren* Handbuch Versicherungsrecht, 3. Aufl. 2007
- van Bühren/van Bühren* Der Haftpflichtversicherungsschutz des Krankenhauses, ZMGR 2005, 43
- Bühning* Vergütung psychotherapeutischer Leistungen, DÄBl. 2005, A 1588
- Büsken/Klüglich* Die Krankenhausbehandlung: Haftungssystem und innerbetrieblicher Schadenausgleich (Freistellung – Regreß), VersR 1994, 1141
- Bunte* Die neue Konditionenempfehlung »Allgemeine Vertragsbedingungen für Krankenhausbehandlungs-Verträge«, NJW 1986, 2351
- Burghart* Anwaltshaftung beim Abschluss eines Abfindungsvergleichs, NZV 2005, 441
- Cassel/Wilke* Das Saysche Gesetz im Gesundheitswesen: Schafft sich das ärztliche Leistungsangebot seine eigene Nachfrage? Zeitschrift für Gesundheitswissenschaften 2001, 331
- Cramer* Praxismgemeinschaft versus Gemeinschaftspraxis, MedR 2004, 552
- Dahm/Möller/Ratzel* Rechtshandbuch Medizinische Versorgungszentren, 2005
- Dahs* Handbuch des Strafverteidigers, 7. Aufl. 2005
- Daubenbüchel* Vertrags(-zahn)ärztliche Versorgung – Schiedsamt – keine Klagebefugnis zur Anfechtung einer Aufsichtsverfügung – Beachtung des Grundsatzes der Beitragsstabilität beim Inhalt von Vergütungsvereinbarungen, SGB 2001, 679
- Debong* Der schwierige Patient und seine Angehörigen, ArztR 2004, 88
- ders.* Zielvereinbarungen mit Chefärzten, ArztR 2003, 4
- ders.* Anforderung an eine Wahlleistungsvereinbarung, ArztR 2003, 12
- Degener-Hencke* Integration von ambulanter und stationärer Versorgung – Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung, NZS 2003, 629
- Deutsch* Aufklärung und Einwilligung vor Impfungen, VersR 1998, 1053
- ders.* Schutzbereich und Tatbestand des unerlaubten Heileingriffs im Zivilrecht, NJW 1965, 1985

- ders.* Artificielle Wege menschlicher Reproduktion: Rechtsgrundsätze Konservierung von Sperma, Eiern und Embryonen; künstliche Insemination und außerkörperliche Fertilisation; Embryonentransfer, MDR 1985, 177
- ders.* Das Organisationsverschulden des Krankenhausträgers, NJW 2000, 1745
- ders.* Haftungsfreistellung von Arzt oder Klinik und Verzicht auf Aufklärung durch Unterschrift des Patienten, NJW 1983, 1351
- ders.* Allgemeines Haftungsrecht, 2. Aufl. 1996
- Deutsch/Spickhoff* Medizinrecht, 5. Aufl. 2003
- Diefenbacher* Praxisratgeber Recht für Hebammen, 2004
- Diller/Krieger/Arnold* Kündigungsschutzgesetz plus Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, NZA 2006, 887
- Dingeldey* Der Schutz der strafprozessualen Aussagefreiheit durch Verwertungsverbote bei außerstrafrechtlichen Aussage- und Mitwirkungspflichten, NStZ 1984, 529
- Diringer* Der Chefarzt als leitender Angestellter, NZA 2003, 890
- Doms* Die ärztlichen Gutachterkommissionen und Schlichtungsstellen, NJW 1981, 2489
- Dudda* Vergütungsanpassungen bei Zahnersatz und kieferorthopädischen Behandlungen unter Berücksichtigung vorgegrifflicher vertraglicher Regelungen, NZS 1996, 211
- Dünisch/Bachmann* Das Recht des Heilpraktikerberufs und der nicht ärztlichen Heilkundenausübung, Loseblatt, Stand 2000
- Dütz* Kirchliche Festlegung arbeitsvertraglicher Kündigungsgründe, NJW 1990, 2025
- ders.* Rechtsschutz für kirchliche Bedienstete im individuellen Arbeitsrecht, insbesondere Kündigungsschutzverfahren, NZA 2006, 65
- Eberbach* Heimliche Aids-Tests, NJW 1987, 1470
- Eberhardt* Zur Praxis der Schlichtung in Arzthaftungsfällen, NJW 1986, 747
- Ehlers/Bearbeiter* Disziplinarrecht und Zulassungsentziehung Vertragsärzte/Vertragszahnärzte, 2001
- Ehlers/Brogli* Praxis des Arzthaftungsrechts, 3. Aufl. 2005
- Eibach/Schaefer* Patientenautonomie und Patientenwünsche, MedR 2001, 21
- Eicher* Die Entziehung der kassenarztrechtlichen Zulassung und die Anordnung des Ruhens im Lichte des Verhältnismäßigkeitsprinzips, MedR 1987, 165
- Engljähringer* Ärztliche Aufklärungspflicht vor medizinischen Eingriffen, 1996
- Engelman* Zweigpraxen und ausgelagerte Praxisräume in der ambulanten (vertrags-)ärztlichen Versorgung, GesR 2004, 113
- Engelmann* Die Gemeinschaftspraxis im Vertragsarztrecht, ZMGR 2004, 3
- Erbach* Heimliche Aids-Tests, NJW 1987, 1470
- Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht* 5. Aufl. 2005
- Erman* BGB-Kommentar, 11. Aufl. 2004
- Eser* Recht und Medizin, 1990
- Eser/Just/Koch* Perspektiven des Medizinrechts, 2004
- Feigen* Die Verteidigung des Arztes unter Berücksichtigung der Folgeverfahren, MedR 1988, 283

- Ferre/Lipinski* Änderung der Rechtsprechung des BAG bei Massentlassungen, NZA 2006, 937
- Ferrari/Hopf* Reform des Kindschaftsrechts, 2001
- Fitting/Engels/Schmidt/Trebinger/Linsenmaier* Kommentar zum BetrVG, 23. Aufl. 2006
- Flatten* Die Arzthaftpflichtversicherung in den Vereinigten Staaten von Amerika. Frankfurt am Main 1996
- ders.* Die Arzthaftpflichtversicherung, VersR 1994, 1019
- Flossmann/Baumert* Vergütungsanpassungen bei Zahnersatz und kieferorthopädischen Behandlungen unter Berücksichtigung vorgreiflicher vertraglicher Regelungen, NZS 1996, 421
- Flume* Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts II: Das Rechtsgeschäft, 4. Aufl. 1992
- Franzki/Franzki* Der Arzthaftungsprozess in: *Franzki/Franzki*, Arzt und Patient zwischen Therapie und Recht, Stuttgart 1981, 177
- Fries/Green/Levene* Health promotion and the compression of morbidity, The lancet 1989, 481
- Fuchs* Zivilrecht und Sozialrecht. Recht und Dogmatik materieller Existenzsicherung in der modernen Gesellschaft, 1992
- Füllgraf* Zur wirtschaftlichen Aufklärungspflicht des Arztes, NJW 1984, 2619
- Gaul/Bonanni* Betriebsübergreifende Sozialauswahl und die Bedeutung von Versetzungsklauseln, NZA 2006, 289
- Geerds* Leichensachen und Leichenschau aus juristischer Sicht, MedR 1984, 172
- Geigel* Der Haftpflichtprozess mit Einschluss des materiellen Haftpflichtrechts, 24. Aufl. 2004
- Geiß/Greiner* Arzthaftpflichtrecht, 5. Aufl. 2006
- Gepfert* Beschlagnahme von Schadenakten privater (Kraftfahrzeug)-Haftpflichtversicherer im (Verkehrs-) Strafprozeß, DAR 1981, 301
- ders.* Urteilsanmerkung, Aus strafrechtlicher Sicht, JZ 1988, 1024
- von Gerlach* Die prozessuale Behandlung von Schmerzensgeldansprüchen, VersR 2000, 525
- Giesen* Urteilsanmerkung, Aus zivilrechtlicher Sicht, JZ 1988, 1030
- Gillen/Hörle* Betriebsänderungen in Tendenzbetrieben, NZA 2003, 1225
- Gillen/Vable* Personalabbau und Betriebsänderung, NZA 2005, 1385
- Gitter/Köhle* Der Grundsatz der persönlichen Leistungspflicht, 1989
- Glatz* Der Arzt zwischen Aufklärung und Beratung, 1998
- Gounalakis* Formularmäßige ärztliche Aufklärung im Lichte des AGB-Gesetzes, NJW 1990, 752
- Graf v. Westphalen* Haftungsrechtliche Aspekte der tierärztlichen Kaufuntersuchung von Pferden, VersR 2005, 1055
- Gramberg-Danielsen* Rechtsophthalmologie, 1985
- Grobys* Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, NJW 2006, 417
- Gubernatis* Zur Offenbarungspflicht bei ärztlicher Fehlbehandlung, JZ 1982, 363
- Gucht* Zur Sektionsklausel in den Aufnahmebedingungen von Krankenhäusern, JR 1973, 234
- Günther* Strafrechtswidrigkeit und Strafunrechtsausschluß, 1983

- Haas* Die Zulässigkeit klinischer Sektionen, NJW 1988, 2929
Hacks/Ring/Böhm Schmerzensgeldbeträge, 25. Aufl. 2007
Halm/Engelbrecht/Krahe Handbuch des Fachanwalts Versicherungsrecht, 2. Aufl. 2006
Hanau Haftungssystem und Haftpflichtversicherung der medizinischen Einrichtung der Universitäten und ihrer Mitarbeiter im stationären Bereich, MedR 1992, 18
- Hanau/Rolfs* Abschied von der gefahrgeneigten Arbeit, NJW 1994, 1439
Hannemann Neubegründung der Lehre vom gedehnten Versicherungsfall und ihre Bedeutung für moderne versicherungsrechtliche Probleme, Karlsruhe 1996
- Harrer/Graf* Ärztliche Verantwortung und Aufklärung, 1999
Hart Rechtliche Grenzen der »Ökonomisierung«, MedR 1996, 60
ders. Ärztliche Leitlinien – Definitionen, Funktionen, rechtliche Bewertung, MedR 1998, 8
ders. Grundlagen des Arzthaftungsrechts: Leistungs- und Haftungsschuldner, Jura 2000, 14
ders. Spannungen zwischen dem Haftungs-, Arzneimittel- und Sozialrecht, MedR 2002, 321
- Hasselwander* Versorgung mit Zahnersatz als Vertragsgegenstand zwischen Kassenzahnärztlicher Vereinigung und Krankenkasse, NJW 1974, 1447
ders. Kostenerstattung oder Sachleistung mit Sonderbeitrag für Zahnersatz und Zahnkronen in der gesetzlichen Krankenversicherung, SGB 77, 339
- Häußermann/Dollmann* Die Ärztesgesellschaft mbH, MedR 2005, 255
Hauck Die Vertragsstrafe im Arbeitsrecht im Lichte der Schuldrechtsreform, NZA 2006, 816
- Hausch* Vom therapierenden zum dokumentierenden Arzt. – Über die zunehmende haftungsrechtliche Bedeutung der ärztlichen Dokumentation –, VersR 2006, 612
- Heberer* Das ärztliche Berufs- und Standesrecht, 2. Aufl. 2001
Heimbücher Einführung in die Haftpflichtversicherung, 5. Aufl. 2003
Hensler Die Freiberufler-GmbH, ZIP 1994, 844
Hess/Venter Das Gesetz über Kassenarztrecht 1955
Hofmann Privatversicherungsrecht, 4. Aufl. 1998
Holoubek/Lienbacher Rechtspolitik der Zukunft – Zukunft der Rechtspolitik, 1999
Holoubek/Potacs Handbuch des öffentlichen Wirtschaftsrechts, Bd. 1, 2002
Holzer/Posch/Schick Arzt- und Arzneimittelhaftung in Österreich, 1992
Horschütz Das Krankenkassen-Gebührenrecht der Hebamme, 8. Aufl. 2000
Horschütz/Kurtenbach Hebammengesetz, 3. Aufl. 2003
von Hoyningen-Huene/Linck Kommentar zum KSchG, 13. Aufl. 2002
Hümmerich Gestaltung von Arbeitsverträgen nach der Schuldrechtsreform, NZA 2003, 753
ders. Widerrufsvorbehalte in Formulararbeitsverträgen, NJW 2005, 1759
ders. Aufhebungs- und Abwicklungsvertrag in einem sich wandelnden Arbeitsrecht, NJW 2004, 2921
- Hümmerich/Bergwitz* Entwicklungsklauseln in Chefarztverträgen, BB 2005, 997
dies. Abschied von der chefarztlichen Entwicklungsklausel, MedR 2005, 185

- Igl* Pflegeversicherung, in: *von Maydell/Ruland*, Sozialrechtshandbuch, 3. Aufl. 2003
- Jaeger* Arzthaftung – Schmerzensgeld bei unerwünschter Schwangerschaft, MDR 2004, 1280
- Jaeger/Luckey* Schmerzensgeld, 2003
- Jaspersen* Ärztlicher Behandlungsfehler und Vergütungsanspruch, VersR 1992, 1431
- Jerouschek* Psychotherapeutengesetz, 2004
- Jolitz* Zur Delegationsfähigkeit vertragsärztlicher Leistungen durch gemäß § 116 SGB V ermächtigte Krankenhausärzte, Erwidern auf Kuhla, MedR 2003, 340
- Kamps* Die Beschäftigung von Assistenten in der Arztpraxis, MedR 2003, 63
- Kasseler Kommentar Katzenmeier* Sozialversicherungsrecht/Bearbeiter, Loseblatt, Stand 2005
Schuldrechtsmodernisierung und Schadensersatzrechtsänderung – Umbruch in der Arzthaftung, VersR 2002, 1066
- ders.* Arzthaftung, 2002
- ders.* Haftung für HIV-kontaminierte Blutprodukte, NJW 2005, 3391
- ders.* Arbeitsteilung, Teamarbeit und Haftung, MedR 2004, 34
- ders.* Aufklärung über neue medizinische Behandlungsmethoden – Robodoc, NJW 2006, 2738
- Kaufhold/Biene-Dietrich/Hofmann/Micheelis/Scheibe/Schneider* Ökonomische Effekte der Individualprophylaxe, IDZ 1999
- Kern* Zum Weiterführen der Amtsbezeichnung »Professor« nach der Entlassung aus dem Beamtenverhältnis, MedR 1988, 242
- ders.* Das Spannungsverhältnis von Haftungsrecht und Kassenarztrecht, MedR 2004, 300
- ders.* Einwilligung in die Heilbehandlung von Kindern durch minderjährige Eltern, MedR 2005, 628
- ders.* Fremdbestimmung bei der Einwilligung in ärztliche Eingriffe, NJW 1994, 753
- ders.* Haftungsrechtliche Fragen und Probleme des ambulanten Operierens, NJW 1996, 1561
- Kern/Kreutzfeldt* Arbeitsrechtliche Abwicklungsverträge am Ende?, NJW 2004, 3081
- Kienapfel/Schroll* Grundriss des österreichischen Strafrechts. Besonderer Teil I: Delikte gegen Personenwerte, 5. Aufl. 2003
- Kissel* Gerichtsverfassungsgesetz, Kommentar, 4. Aufl. 2005
- KK-Bearbeiter* Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung, 5. Aufl. 2003
- Klaus* Ärztliche Schweigepflicht. Ihr Inhalt und ihre Grenzen, 1991
- Kleewein* Hypothetische Kausalität und Schadensberechnung, 1993
- Kleine-Cosack* Zulässigkeit ambulanter Zahnbehandlung im organisatorischen Rahmen einer GmbH, EWiR 1994, 785
- Kleinknecht/Müller/Reitberger* Kommentar zur Strafprozessordnung und zum Gerichtsverfassungs- und Ordnungswidrigkeitengesetz
- Kleuser* Die Fehleroffenbarungspflicht des Arztes unter besonderer Berücksichtigung versicherungsrechtlicher Obliegenheiten nach einem Behandlungszwischenfall, 1995

- Klie/Krahmer* Soziale Pflegeversicherung, Lehr- und Praxiskommentar (LPK-SGB XI), 2. Aufl. 2003
- Klingenberger/Schwarte* Investitionen bei der zahnärztlichen Existenzgründung 2004, IDZ Information Nr. 4/2005
- Klumpp* § 23 BetrVG als Diskriminierungsanktion?, NZA 2006, 904
- Kluth/Rieger* Die gemeinschaftsrechtlichen Grundlagen und berufsrechtlichen Wirkungen von Herkunftslandprinzip und Bestimmungslandprinzip, GewArch 2006, 1
- Kneibs* Grundrechte und Sterbehilfe, 1998
- Koch* Das Berufsrecht der Zahnärzte, 1955
- ders.* Niederlassung und berufliche Kooperation, GesR 2005, 241
- Köhler-Fleischman* Der Grundsatz der persönlichen Leistungspflicht, 1991
- Köhler/Napp/Kaiser* »Teilzeitärztinnen« – Problem oder Chance für die Krankenhäuser?, Hessische Ärzteblatt 5/2004, S. 291
- König* Kommentar zum Gebührenverzeichnis für Heilpraktiker, 2. Aufl. 2002
- Kohte* Die rechtfertigende Einwilligung, AcP 185 [1985], 126
- Konziela* Abrechnungsbetrug im Gesundheitswesen, in: Kriminalistik 2004, 377
- Kopetzki* Organgewinnung zu Zwecken der Transplantation, eine systematische Analyse des geltenden Rechts, 1988
- ders.* Unterbringungsrecht I und II, 1995
- ders.* Antizipierte Patientenverfügungen, »Patiententestament« und Stellvertretung in Gesundheitsangelegenheiten, 2000
- ders.* Einwilligung und Einwilligungsfähigkeit, 2002
- Kopetzki/Zabrl* Behandlungsanspruch und Wirtschaftlichkeitsgebot, 1998
- Koziol* Österreichisches Haftpflichtrecht II: Besonderer Teil, 2. Aufl. 1984
- ders.* Österreichisches Haftpflichtrecht I: Allgemeiner Teil, 3. Aufl. 1997
- KR* Gemeinschaftskommentar zum Kündigungsschutzgesetz und zu sonstigen kündigungsschutzrechtlichen Vorschriften, 8. Aufl. 2007
- Krause/Casparly* Arztstrafrecht in: *Cramer/Cramer*, Anwaltshandbuch Strafrecht, 2002
- Krauskopf/Marburger* Der Ersatzanspruch nach § 116 SGB X, 5. Aufl. 2000
- Krekeler* Zufallsfunde bei Berufsheimnisträgern und ihre Verwertbarkeit, NStZ 1987, 199
- Kretschmer* Auswirkungen der Regelungen über die Budgetierung in der vertragsärztlichen Versorgung auf die Haftung für ärztliche Behandlungsfehler, ArztR 2003, 144
- ders.* Die zeitliche Abgrenzung des Versicherungsschutzes in der Allgemeinen Haftpflichtversicherung, 2002
- Krimmel* MEGO, 2003
- Kruse* Prävention sorgt für mehr Mundgesundheit im Alter, ZM 2003, 688
- Küttner* Personalbuch 2005, 12. Aufl. 2005
- Kubla* Persönliche Leistungserbringung des Krankenhausarztes bei ambulanten Behandlungen von sozialversicherten Patienten, MedR 2003, 25
- Kurtenbach/Neumann/Stofft* Masseur- und Psychotherapeutengesetz, 1997
- Kuwert* Allgemeine Haftpflichtversicherung, 3. Aufl. 1988

- Labelle/Stoddart/Rice* Re-Examination of the Meaning and Importants of Supplier induced demand, *Journal of Health Economics* 13, 347
- Lackner/Kühl* Strafgesetzbuch mit Erläuterungen, 24. Aufl. 2004
- Lang* Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Patienten und die ärztliche Schweigepflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung, 1997, 139
- ders.* Der Abfindungsvergleich beim Personenschaden, *VersR* 2005, 894
- Langenick/Vatter* Aus der Praxis: Die aufgeschobene Leibrente – ein Buch mit sieben Siegeln? *NZV* 2005, 10
- Langer/Kern/Martolock/Pfaff* Vergleich der Vergütungen zahnärztlicher Leistungen in der vertragszahnärztlichen Versorgung und im Standarttarif der PKV, 2002
- Larenz* Lehrbuch des Schuldrechts I: Allgemeiner Teil, 14. Aufl. 1987
- Laufs* Arztrecht, 5. Aufl. 1993
- ders.* Zur deliktischen Problematik ärztlicher Eigenmacht, *NJW* 1969, 529
- ders.* Die künstliche Befruchtung beim Menschen – Zulässigkeit und zivilrechtliche Folgen, *JZ* 1986, 769
- Laufs/Reiling* Schmerzensgeldanspruch wegen schuldhafter Vernichtung deponierten Spermias? *NJW* 1994, 775
- Laufs/Uhlenbruck* Handbuch des Arztrechts, 3. Aufl. 2002
- Leitner* Beschlagnahme und Herausgabe von Patientenunterlagen, *ZaeFQ* 1998, 592
- Liebold/Raff/Wissing* GOZ Kommentar, 2004
- dies.* Bema-Z Kommentar, 2005
- Liebold/Zalewski* Kassenarztrecht, Loseblatt
- dies.* Handbuch Psychotherapie in der vertragsärztlichen Versorgung, Loseblatt
- Littbarski* Kommentar zu den Allgemeinen Haftpflichtbedingungen, 2001
- LK/Bearbeiter* Strafgesetzbuch, Leipziger Kommentar Band 6: §§ 223–263 a, 2005
- Löwe-Rosenberg/Bearbeiter* Die Strafprozessordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz, Großkommentar, 24., neubearbeitete Aufl. 1989
- Lutterbeck* Brauchen Pflegekräfte eine Berufshaftpflichtversicherung?, *Die Schwester/Der Pfleger* 2000, 284
- ders.* Das Medizinproduktegesetz und Risk-Management – aus der Sicht eines Haftpflichtversicherers, *BADK-Information* 1/2003, 10
- ders.* Die unterlassene Thromboseprophylaxe und der insolvente Belegarzt, *Pflege- & Krankenhausrecht* 1/2006, 17
- Maaß* Die Entwicklung des Vertragsarztrechts in den Jahren 2004 und 2005, *NZS* 2006, 63
- Maibach-Nagel/Prchala* Dicke Bretter gebohrt, *ZM* 2003, 30
- Maiwald* Zur Ermittlungspflicht des Staatsanwalts in Todesfällen, *NJW* 1978, 561
- v. Mangoldt/Klein/Starck* Grundgesetz, Bd. 2, 5. Aufl. 2005
- Martis/Winkhart* Arzthaftungsrecht aktuell, Fallgruppenkommentar, 2. Aufl. 2007
- Matthies* Schiedsinstanzen im Bereich der Arzthaftung: Soll und Haben, 1984
- ders.* Probleme der Verjährung bei Anrufen einer ärztlichen Gutachter- oder Schlichtungsstelle, *VersR* 1981, 1099

- Maunz-Dürrig*
Mayer-Maly/Prat
Mazal
Medicus
Mertens/Schulz
Meydam
Meyer-Goßner
Michael
Michalski
Michaelis/Reich
Michel
Miebach/Patt
Mildenberger/Gurcke
Möhle
Möller
Moll
Muckel
Müller
Münchener Handbuch
zum Arbeitsrecht
Münzel
Muschner
ders.

Narr/Hess/Schirmer
Nehls
Neumann
Neumann-Wedekindt
ders.
Nicolai
- GG-Kommentar, 2005
Ärztliche Aufklärungspflicht und Haftung, 1998
Krankheitsbegriff und Risikobegrenzung. Eine Untersuchung zum Leistungsrecht der gesetzlichen Krankenversicherung, 1992
Schuldrecht, 14. Aufl. 2003
Ambulantes Operieren durch Vertragsärzte im Krankenhaus – Zulässigkeit und Vergütung, MedR 2006, 191
Zum Sachleistungsprinzip in der gesetzlichen Krankenversicherung, SGB 77, 92
Strafprozessordnung, Kommentar, 49. Aufl. 2006
Schmerzensgeldanspruch nach heimlichem Aids-Test? NJW 1988, 2271
(Zahn-)Ärztliche Aufklärungspflicht über die Ersatzfähigkeit von Heilbehandlungskosten, VersR 1997,137
3. Deutsche Mundgesundheitsstudie (DMS III), 1999
Schmerzensgeldanspruch nach heimlichem Aids-Test? NJW 1988, 2271
Persönliche Leistungserbringung und Vertretung des Chefarztes bei wahlärztlichen Leistungen, NJW 2000, 3377
Risikokosten optimieren – Captive- und Finite Risk-Modelle für die Krankenhaus-Haftpflichtversicherung, Krankenhaus-Umschau 5/2002, 406
Die Haftpflichtversicherung im Heilwesen. Eine Studie über die versicherungsrechtliche Deckung medizinischer Haftpflichtschäden, 1992
Der im zugelassenen Medizinischen Versorgungszentrum (MVZ) angestellte Arzt, GesR 2004, 456
Der Chefarzt als leitender Angestellter i.S. des Kündigungsschutzgesetzes, MedR 1997, 293
Das Sachleistungsprinzip in der gesetzlichen Krankenversicherung nach dem 2. GKV-Neuordnungsgesetz, SGB 1998, 385
Unterhalt für ein Kind als Schaden, NJW 2003, 697
Band 1, Individualarbeitsrecht I, Band 2, Individualarbeitsrecht II, Band 3 Kollektives Arbeitsrecht, 2. Aufl. 2000
Rechenschaftspflicht des kirchlichen Arbeitgebers gegenüber der Mitarbeitervertretung in wirtschaftlichen Angelegenheiten, NZA 2005, 449
Haftungsrechtliche Besonderheiten bei der Aufklärung ausländischer Patienten, VersR 2003, 826
Der prozessuale Beweiswert ärztlicher (EDV-)Dokumentation, VersR 2006, 621

Ärztliches Berufsrecht, 2003
Kapitalisierung und Verrentung von Schadensersatzforderungen, zfs 2004, 193
Prioritätensetzung und Rationierung in der gesetzlichen Krankenversicherung, NZS 2005, 617
Zum Begriff »Delegieren« im Zahnheilkundengesetz, MedR 1997, 397
Delegation in der Zahnarztpraxis, MedR 2005, 81
Neue Regeln für Massenentlassungen?, NZA 2005, 206

- Nix* Das Verfahren der Wirtschaftlichkeitsprüfung nach § 106 SGB V vor den neuen Prüfungs- und Beschwerdeausschüssen, MedR 2006, 152
- Nowakowski* Das österreichische Strafrecht in seinen Grundzügen, 1955
- Oberbach* Allgemeine Versicherungs-Bedingungen für Haftpflichtversicherung, 1938
- Oehler* Die amtliche Verfolgung der leichten vorsätzlichen und fahrlässigen Körperverletzung, JZ 1956, 630
- Oetker* Neues zur Arbeitnehmerhaftung durch § 619 a BGB?, BB 2002, 43
- Oexmann* Forensische Probleme der Tierarzthaftung, Pferdeheilkunde 2002, 344
- Ortner/Geis* Die elektronische Patientenakte, MedR 1997, 337
- Palandt* Bürgerliches Gesetzbuch, Kommentar, 66. Aufl. 2007
- Peikert* Persönliche Leistungserbringungspflicht, MedR 2000, 352
- ders.* Apparategemeinschaft, in: *Rieger*, Lexikon des Arztrecht, 2. Aufl. 2001, Beitrag 150
- Peter* Das Recht auf Einsicht in Krankenunterlagen, 1989
- Pfeiffer* ● Strafprozessordnung, Kommentar, 5. Aufl. 2005
- Pfeiffer* ● Die Regelung der Lebendorganspende im Transplantationsgesetz, 2003
- Pflüger* Krankenhaushaftung und Organisationsverschulden, 2001
- ders.* Haftungsfragen der Telemedizin, VersR 2002, 1070
- Philipsborn* Das Recht auf Leichensektion in Krankenanstalten, JW 1930, 1552
- Plagemann* Sozialrecht, 2. Aufl. 2005
- ders.* Vertragsarztrecht – Psychotherapeutengesetz, 3. Aufl. 1998
- Plagemann/Klatt* Recht für Psychotherapeuten, 1999
- Plagemann/Niggehoff* Vertragsarztrecht, 2. Aufl. 2000
- Plewa* Tierärztliche Haftung in der Pferdepraxis, Pferdeheilkunde 2002, 173
- Pohl* Darf ein Zahnarzt Rabatte entgegennehmen, muss er sie weitergeben und versteuern?, ZM 1982, 2085
- Pohlmeier/Ulrich* Econometric Modell of the two part decision making process in the demand of Health care, The journal of Human Resources, 2, 239
- Pregl* Kampf gegen tödliche Bedienungsfehler, KrankenhausUmschau 5/2002, 384
- Preis* Verbot der Altersdiskriminierung als Gemeinschaftsgrundrecht, NZA 2006, 401
- Preißler/Sozietät* Ärztliche Gemeinschaftspraxis versus Schirmgesellschaft, 2002
- Dr. Rebborn*
- Prölss/Martin* Versicherungsvertragsgesetz, 27. Aufl. 2004
- Prütting* Gegenwartsprobleme der Beweislast, 1983
- Pulverich* Psychotherapeutengesetz, 3. Aufl. 1999
- Quaas* Zur Berufsfreiheit des Freiberuflers, insbesondere der Ärzte, MedR 2001, 34 ff.
- ders.* Das MVZ und die integrierte Versorgung als neue Versorgungsformen für Krankenhäuser – eine rechtliche Bestandsaufnahme, Pflege- & Krankenhausrecht 2/2006, 29

- ders.* Aktuelle Fragen des Krankenhausrechts, MedR 2002, 273
ders. Wettbewerbsveränderungen im Krankenhaus – neue Chefarztüberlegungen, Vortrag anl. des 10. VKD-/VDGH-Workshops für Führungskräfte im Krankenhaus in Bremen 2002
- Quaas/Zuck* Medizinrecht, 2005
- Raddatz* Wirtschaftlichkeitsprüfung (Loseblatt Stand: 1998)
Ratzel/Lippert Musterberufsordnung für deutsche Ärztinnen und Ärzte, 4. Aufl. 2006
- Rebborn* Aktuelle Entwicklung im Arzthaftungsrecht, MDR 2002, 1281
ders. Berufserichtliche Verfahren, GesR 2004, 170
ders. Arzt, Patient, Krankenhaus, 3. Aufl. 2000
Reinecke Gerichtliche Kontrolle von Chefarztverträgen, NJW 2005, 3386
Reischauer Der Entlastungsbeweis des Schuldners, 1975
Reiß Gesetzliches Auskunftsverweigerungsrecht bei Gefahr der Strafverfolgung in öffentlichrechtlichen Verfahren, NJW 1982, 2541
- Rengier* Anmerkung zu OLG Celle JR 1982, 476, JR 1982, 477
Richardi Neues und Altes – Ein Ariadnefaden durch das Labyrinth des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, NZA 2006, 881
ders. Die Mitbestimmung bei Kündigungen im kirchlichen Arbeitsrecht, NZA 1998, 113
- Rieger* Lexikon des Arztrechts, Loseblatt, 2. Aufl. 2006
Rieß Zeugenschutz bei Vernehmungen im Strafverfahren – Das neue Zeugenschutzgesetz vom 30. 4. 1998, NJW 1998, 3240
- Rinke* Extraktion erhaltungswürdiger Zähne, Perforation unbeteiligter Kronen, Schnellprothetik statt konservierender und prophylaktischer Therapie – ein neuer Sorgfaltsmaßstab in der kassenärztlichen Versorgung? VersR 2001, 423
- Rixen* Sozialrecht als öffentliches Wirtschaftsrecht, 2005
Römer/Langheid Kommentar zum Versicherungsvertragsgesetz, 2. Aufl. 2003
Rüfner Das Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheitsreformgesetz), NJW 1989, 1001
- Rumler-Detzel* Die Gutachterkommissionen und Schlichtungsstellen für Haftpflichtstreitigkeiten zwischen Ärzten und Patienten, VersR 1988, 6
- dies.* Wechselbeziehungen zwischen Strafrecht und anderen Rechtsgebieten aus Sicht des Zivilrichters, ZaeFQ 1998, 645
- Rupprecht* Zivilrechtliche Haftung des niedergelassenen Arztes aus Anlass der Heilbehandlung in medizinischen Kooperationsformen, 2002
- Sandbillier* Interpendenzen zwischen Arzthaftungs- und Krankenversicherungsrecht, MedR 2002, 19
- Sandvoß/Borker* Das neue Entgeltsystem: die AR-DRGs, Einarbeitung und erste Bewertung, ArztR 2001, 4
Schallen ZV-Z-Kommentar 4. Aufl. 2004
ders. Zulassungsordnung für Vertragsärzte, Vertragszahnärzte, Medizinische Versorgungszentren, Psychotherapeuten, 4. Aufl. 2004
- Schaub* Arbeitsrechtshandbuch, 11. Aufl. 2005
Schellenberg Non-Compliance und Arzthaftung, VersR 2005, 1620 ff.
Schelling Medizinischer Standard und Organisationsverantwortung in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen, Der Gynäkologe 2004, 65

- Schelling/Erlinger
Scherer* Die Aufklärung über Behandlungsalternativen, MedR 2003, 331
Schwangerschaftsabbruch bei Minderjährigen und elterliche Zustimmung, FamRZ 1997, 589
- Schiller* Niederlassung, Praxissitz, Vertragsarztsitz, ausgelagerte Praxisräume, Zweigpraxis, NZS 1997, 103
- Schiller/Steinhilper* Zum Spannungsverhältnis Vertragsarzt/Privatarzt – Darf ein Vertragsarzt Leistungen bei einem Kassenpatienten ablehnen, sie aber zugleich privatärztlich anbieten? MedR 2001, 24
- Schimikowski
Schimmel
Schinnenburg* Versicherungsvertragsrecht, 3. Aufl. 2004
Recht der unerlaubten Handlung, JA 1995, 743
Passivlegitimation im Arzthaftungsprozess bei ambulanter Behandlung, MedR 2000, 311
- Schirmer* Die Vertretungsmacht des Haftpflichtversicherers im Haftpflichtverhältnis, 1966
- ders.* Vertragsarztrecht kompakt, 2006
- ders.* Das Kassenarztrecht im 2. GKV-Neuordnungsgesetz, MedR 1997, 431
- Schlachter* Betriebsübergang bei »eigenwirtschaftlicher Nutzung« von Betriebsmitteln des Auftraggebers, NZA 2006, 80
- Schlewing* Der Sonderkündigungsschutz schwerbehinderter Menschen nach der Novelle des SGB IX, NZA 2005, 1218
- Schliemann* Allzeit bereit – Bereitschaftsdienst und Arbeitsbereitschaft, NZA 2004, 513
- Schliemann/Meyer* Arbeitszeitrecht – gesetzliche, tarifliche und betriebliche Regelungen, 2. Aufl. 2002
- Schlosser/Coester-
Waltjen/Graba
Schneider* AGB-Gesetz, 1977
Nochmals: Kapitalisierung und Verrentung von Schadensersatzforderungen – Erwiderung auf den Aufsatz von Jürgen Nehls in zfs 2004, 193, zfs 2004, 541
- Schlund* Geburtshilfe und Frauenheilkunde 1994, M 126 ff.
- Schlund/Ellermann* Arzt und Haftpflicht. Was Sie wissen müssen, wie Sie sich versichern, 1999
- Schmoller/Holz-
Dahrenstaedt
Schnapp/Wigge
Schneider* Sexueller Missbrauch von Kindern. Strafverfolgung und Kindeswohl in interdisziplinärer Perspektive, 2000
Handbuch des Vertragsarztrechts, 2. Aufl. 2006
Die Vergütungsvereinbarung. Zulässigkeit, Gestaltung, Durchsetzung, 2006
- Schneller/Bauer/
Micheelis
Schnitzler
Schönke/Schröder/
Lenckner
Schorz* Psychologische Aspekte bei der zahnprothetischen Versorgung, 2. Aufl. 1992
Das Recht der Heilberufe, 2004
Strafgesetzbuch, Kommentar, 27. Aufl. 2006
Versicherungsschutz für niedergelassene Ärzte. Eine spartenübergreifende Untersuchung der Versicherbarkeit der Existenzrisiken der niedergelassenen Ärzte, 1995
- Schrammel* Rechtsfragen der ärztlichen Behandlung, 1992
- Schroeder* Bedarfsermittlung für prothetische Leistungen in der Zahnheilkunde bis zum Jahre 2020, 2001
- Schuldt* Sperrzeit bei betrieblich veranlasster einvernehmlicher Auflösung des Arbeitsverhältnisses, NZA 2005, 861

- Schulenburg
Schulin* Selbstbeteiligung, 1987
Handbuch des Sozialversicherungsrechts, Band 1 – Krankenversicherung, 1994
- ders.* Handbuch des Sozialversicherungsrechts, Band 4 – Pflegeversicherung, 1997
- SK/Bearbeiter
Sodan* Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch
Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung, 1997
- ders.* Finanzielle Stabilität der gesetzlichen Krankenversicherung und Grundrechte der Leistungserbringer, 2004
- ders.* Verfassungsrechtsprechung im Wandel – am Beispiel der Berufsfreiheit, NJW 2003, 257
- Spickhoff* Das System der Arzthaftung im reformierten Schuldrecht, NJW 2002, 2530
- Spindler/Rieckers* Die Auswirkungen der Schuld- und Schadensrechtsreform auf die Arzthaftung, JuS 2004, 272
- Steffen* Einfluss vermindernder Ressourcen und von Finanzierungsgrenzen aus dem Gesundheitsstrukturgesetz auf die Arzthaftung, MedR 1995, 190
- Steffen/Paue
von Steinau-Steinrück/
Schmidt
Steiner* Arzthaftungsrecht, 10. Aufl. 2006
Überblick zum TVöD: »Ein Weiter so im neuen Gewand«?, NZA, 2006, 518
Arzthonorar in der Sonderklasse. Zivil- und arbeitsrechtliche Aspekte der Sonderklassegebühren in öffentlichen Krankenanstalten, 2004
- Steinhilper* Brennpunkte des Sozialrechts 1993: Thesen und Ergebnisse der 5. Sozialrechtlichen Jahrestagung 1993 in Kassel, 1993
- ders.* Persönliche Leistungserbringung, in: Rieger, Lexikon des Arztrechts, 2. Aufl. 2001, Beitrag Nr. 4060
- ders.* Persönliche Leistungserbringung des ermächtigten Krankenhausarztes – Erwiderung auf Kuhla (MedR 2003, 25), MedR 2003, 339
- ders.* Die Plausibilitätsprüfung nach neuem Recht (§ 106 a SGB V), MedR 2004, 597
- ders.* Persönliche Leistungserbringung in der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung, in Halbe/Schirmer, Handbuch Kooperation im Gesundheitswesen, 2005 (Nr. E 1200)
- Stellpflug* Niederlassung für Psychotherapeuten, 2005
- ders.* Vertragsarztrecht/Vertragszahnarztrecht, 2005
- ders.* Wirtschaftlichkeitsprüfung, in Handbuch Medizinrecht C 4000
- Tacke* Die Versicherbarkeit des Heilwesenrisikos, in: XVII Kölner Symposium der Arbeitsgemeinschaft Rechtsanwälte im Medizinrecht e.V., 2006
- Tadsen
Taupitz* Die Zahnarztliche Dichte beeinflusst die Ausgaben nicht, ZM 1987, 216
Die zivilrechtliche Pflicht zur unaufgeforderten Offenbarung eigenen Fehlverhaltens, 1989
- ders.* Die GmbH als Organisationsform ambulanter heilberuflicher Tätigkeit, NJW 1992, 2317
- ders.* Zur Zulässigkeit einer Zahnheilkunde-GmbH, MedR 1994, 154
- Teichler* Berufshaftpflichtversicherungen. Eine Untersuchung der Berufshaftpflicht ihrer Versicherung und deren Beziehung zueinander

- am Beispiel der Rechtsanwälte, Ärzte und Architekten in Deutschland, 1985
- Terbille* Schmerzensgeld bei nicht kausaler Aufklärungspflichtverletzung, Anmerkung zu OLG Jena, Urteil vom 03. 12. 1997 (4 U 687/97), VersR 1999, 235
- ders.* Münchner Anwaltshandbuch Versicherungsrecht, 2004
- Tettinger* Grundfragen zahnärztlicher Berufsfreiheit, MedR 2001, 287
- Thomas* Der Zeugenbeistand im Strafprozess – Zugleich ein Beitrag zu BVerfGE 38, 105, NStZ 1982, 489
- Tiemann* Die Gesundheits- und Sozialpolitik der Europäischen Union, 2005
- ders.* Wandel vom Kassenarzt zum Vertragsarzt – Definition oder Statusänderung? Der zahnärztliche Versorgungssektor, VSSR 1994, 404
- ders.* Die Abrechnung bei Prothetik und Kieferorthopädie – Änderung des 2. NOG, ZM 1997, 1504/1507
- Tiemann/Klingenberger/Weber* System der zahnärztlichen Versorgung in Deutschland, 2003
- Tomandl* Sozialversicherung: Grenzen der Leistungspflicht, 1975
- ders.* Sozialrechtliche Probleme bei der Ausübung von Heilberufen, 1996
- Trockel* Die Rechtswidrigkeit klinischer Sektionen, Neue Kölner Rechtswissenschaftliche Abhandlungen, Heft 10, 110
- Tröndle/Fischer* Strafgesetzbuch, Kommentar, 53. Aufl. 2006 und 54. Aufl. 2007
- Udsching* SGB XI, Soziale Pflegeversicherung, 2. Aufl. 2000
- Uhlenbruck* Insolvenzzrechtliche Probleme der vertragsärztlichen Praxis, ZVI 2002, 49
- Ulsenheimer* Arztstrafrecht in der Praxis, 3. Aufl. 2003
- ders.* Risikomanagement aus juristischer Sicht, Zeitschrift für ärztliche Fortbildung und Qualitätssicherung (ZaeFQ) 2003, 624
- ders.* Die Verletzung der Protokollierungspflicht im Strafprozeß und ihre revisionsrechtliche Bedeutung, NJW 1980, 2273
- ders.* Ein gefährlicher Beruf: Strafverfahren gegen Ärzte, MedR 1987, 207
- ders.* Haftungsrechtliche Relevanz von Leitlinien, Der Gynäkologe 2004, 69
- ders.* Aus der Praxis des Arztstrafrechts, MedR 1984, 161
- Ulsenheimer/Bock* Der juristische Notfallkoffer – Verhalten nach einem Zwischenfall, Der Frauenarzt 42 (2001), 342
- Umbach/Clemens* Grundgesetz, Mitarbeiterkommentar und Handbuch, Bd. I, II, 2002
- Venter* Zahnärztliche Rechtskunde, 1955
- Weber* Die Patientenverfügung – eine Hilfe für Mediziner und Juristen?!, ArztR 2004, 300
- Weber/Droste* Kassenarztrechtliche Probleme bei manipulierten Honorarabrechnungen unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung, NJW 1990, 2281
- Weidinger* Schadenmanagement in der Heilwesen-Haftpflichtversicherung, Qualitätsmanagement in Klinik und Praxis (Q-med) 2002, 105

- ders.* Aus der Praxis des Heilwesenversicherers: Aktuelle Entwicklungen in der Arzt- und Krankenhaushaftpflicht, MedR 2004, 289
- ders.* Ganzheitliches Risikomanagement für die Heilwesenhaftpflicht, Versicherungswirtschaft 2005, 1332
- ders.* Aus der Praxis der Haftpflichtversicherung für Ärzte und Krankenhäuser – Statistik, neue Risiken und Qualitätsmanagement, MedR 2006, 571
- Weigt* Podologengesetz, 2003
- Weiß* Der Vertragsarzt zwischen Freiheit und Bindung, NZS 2005, 67
- Weizel* Gutachterkommissionen und Schlichtungsstellen für Arzthaftpflichtfragen, 1999
- Wenning* Persönliche Leistungserbringung bei Privatpatienten, Westf. Ärzteblatt 1/2004, 12
- Wern* Die arbeitsrechtliche Stellung des leitenden Krankenhausarztes, Saarbrücken 2005
- Wertenbruch* Die Zulässigkeit einer Kündigungsvereinbarung bei ärztlichen Behandlungsverträgen, MedR 1994, 394
- Wetzel/Liebold* Der Kommentar zu EBM und GOÄ, Stand 2006
- Weyers/Wandt* Versicherungsvertragsrecht, 3. Aufl. 2003
- Wigge* Medizinische Versorgungszentren nach dem GMG, MedR 2004, 123
- Wölke* Der minderjährige Patient in der ärztlichen Behandlung, MedR 2001, 80
- Wolf/Horn/Lindacher* AGB-Gesetz, Kommentar, 4. Aufl. 1999
- Wolff/Bachof/Stober* Verwaltungsrecht Band 1, 11. Aufl. 1999
- Wollenschlägerl/von Harbou* Arbeitsrechtliche Fragen bei Privatisierungs- und Outsourcing-Maßnahmen in öffentlichen Krankenhäusern, NZA 2005, 1081
- Wu* Medical error: the second victim, BMJ 2000; 320; 726–727
- Wussow* Allgemeine Versicherungsbedingungen für Haftpflichtversicherung, 8. Aufl. 1976
- ders.* Umfang und Grenzen der ärztlichen Aufklärungspflicht, VersR 2002,1337
- Zacher/Friedrich-Marczyk* Zum Wesen des Sachleistungsprinzip im gesetzlichen Krankenversicherungsrecht, ZfS 1980, 97
- Ziegler* Leitlinien im Arzthaftungsrecht, VersR 2003, 545
- Ziermann* Sicherstellung der vertragszahnärztlichen Versorgung durch Medizinische Versorgungszentren, MedR 2004, 540
- Ziller/Micheelis* Kostenexplosion durch Prävention? 2002
- Zimmermann* Gesellschaft, Tod und medizinische Erkenntnis, NJW 1979, 569
- Zuck* Kommentar zum Zahntechnikrecht im SGB V, 2005
- ders.* Standesrecht und Verfassungsrecht, in Festschrift f. Pfeiffer, 1988, 1007
- Zwingel/Preißler* Das Medizinische Versorgungszentrum, 2005